



PROTOKOLL

DER 1. SITZUNG DES EINWOHNERRATES 2014, 8212 NEUHAUSEN AM RHEINFALL

| | | |
|--------------------------------|--|--------------------------|
| <u>Datum, Zeit, Ort</u> | Donnerstag, 23. Januar 2014 Aula Rhyfallhalle, Neuhausen am Rheinfall | 19.00 – 22.00 Uhr |
| <u>Präsenz</u> | 17 Einwohnerräte (ER) Gemeindepräsident (GP) 4 Gemeinderäte (GR) Gemeindeschreiberin Aktuarin | |
| <u>Vorsitz</u> | ER-Präsident Marco Torsello (FDP) | |
| <u>Entschuldigt</u> | - Markus Anderegg (FDP) - Patrick Waibel (SVP) - Daniel Borer (SP) | |
| <u>Protokoll</u> | Das Protokoll der 7. Sitzung vom 12. Dezember 2013 hat im Ratsbüro zirkuliert und ein paar kleine Änderungen sind eingefügt worden. Es liegen sonst keine Beanstandungen vor. Es wird genehmigt und der Aktuarin, Frau Sandra Ehrat, verdankt. | |
| <u>Mitteilungen</u> | Keine | |
| <u>Neueingänge</u> | - Interpellation Willi Josel (SVP): Revisionen IV-Renten | |

Traktandenliste

1. Bericht zur Kenntnisnahme betreffend Finanzplan 2014 bis 2017
2. Bericht und Antrag betreffend Kaufrechtsvertrag Grundstück GB Neuhausen am Rheinfall Nr. 571 am Chilestieg
3. Bericht und Antrag betreffend Projektierungskredit für die teilweise Neunutzung des Areals Kirchacker
4. Bericht und Antrag betreffend Neubau BHKW ARA Röti
5. Postulat Walter Herrmann (FDP): Der Gemeinderat wird verpflichtet, dem Einwohnerrat einen Bericht und Antrag zu einer angemessenen Reduktion der Gemeindebeihilfe vorzulegen
6. Interpellation Willi Josel (SVP): Revisionen IV-Renten

Die Traktandenliste wird genehmigt.

**Pendente Geschäfte:**

| Vorstösse: | Text: | Eingang: | Behandlung ER: | Fristerstreckung: |
|----------------|--|------------|---|---------------------------------|
| Motion | Urs Hinnen (ÖBS): Teilrevision der Gemeindeverfassung betreffend die Mitglieder-Zusammensetzung der Bürgerkommission | 27.02.2012 | 03.05.2012 02.05.2013 als erheblich erklärt. | |
| Postulat | Ruedi Meier (SP): Massnahmenplan zur Umsetzung der kantonalen „Leitlinien Frühe Förderung“ in der Gemeinde Neuhausen | 15.10.2012 | 13.12.2012 als erheblich erklärt. | Fristerstreckung bis 31.12.2014 |
| Postulat | Felix Tenger (FDP): Verbesserung der Verkehrssituation Kreuzstrasse für Velofahrer | 16.11.2012 | 13.12.2012 als erheblich erklärt. 12.12.2013 | Fristerstreckung bis 31.12.2015 |
| Postulat | Walter Herrmann (FDP): Der Gemeinderat wird verpflichtet, dem Einwohnerrat einen Bericht und Antrag zu einer angemessenen Reduktion der Gemeindebeihilfe vorzulegen. | 15.11.2013 | | |
| Interpellation | Willi Josel (SVP): Revision IV-Renten | 06.01.2014 | | |

Pro memoria:

| | | |
|----------------|--|------------|
| Kleine Anfrage | Willi Josel (SVP): Details zur familienergänzenden Kinderbetreuung (Kinderkrippen) | 18.11.2013 |
|----------------|--|------------|

Pendente Geschäfte in nicht ständigen einwohnerrätlichen Kommissionen:

| Geschäft | Datiert: | Behandlung ER / Status: |
|----------|----------|-------------------------|
| - | - | - |

ER-Präsident Marco Torsello (FDP)

Ich begrüsse Sie zur 1. Einwohnerratssitzung in diesem Jahr 2014.

Die Zeit rennt und schon wieder steht ein neuer Präsident dem Einwohnerrat vor, der die Geschicke des Rates lenkt. Das ist eine Aufgabe, die ich vertrauensvoll und mit Ehre entgegennehme und versuchen werde mit Geschick zu meistern.

Bereits an der Schlussitzung 2013 mit der anschliessenden Präsidentenfeier schimmerte wegen der guten Recherche der Ratskolleginnen und Ratskollegen durch, dass eine meiner Leidenschaften das Reisen ist. Vor allem durch die SP-Fraktion wurde dies grossartig aufgedeckt und anschaulich in einer Zeitschrift präsentiert mit diversen Orten, die ich bereits besucht habe. Und ich kann Sie beruhigen: Meine Leidenschaft reisst nicht ab und es sind schon wieder neue Orte hinzugekommen. Silvester habe ich beispielsweise in Berlin verbracht, natürlich nicht um vor dem Brandenburger Tor mit über einer Million Menschen ins Jahr 2014 zu feiern und mit Sekt auf ein gutes Jahr anzustossen. Mein Besuch hatte rein aussenpolitische Absichten um vielleicht mit unserem deutschen Nachbarn gute Deals auszuhandeln. Networking ist heutzutage alles. Ich erlaube mir an dieser Stelle eine kleine Anekdote. Auch das Jahr 2014 wurde bereits wieder mit einer Wochenendreise eröffnet. Vorletztes Wochenende wollte ich mit einem Kollegen nach Adelboden an den Skiweltcup. Es lief aber alles Erdenkliche schief. Am Vorabend rief mich mein Kollege, der seit drei Jahren hobbymässig Jäger ist, um 22.00 Uhr an und meinte, er hätte schlechte Nachrichten für mich. Er



hätte eine Wildsau geschossen, doch sie sei ihm noch ab. In der Dunkelheit hätte er keine Chance mehr gehabt, die Sau zu finden. Er müsse wohl oder übel am Samstag nochmals ins Revier, es werde wohl nichts mit dem Skiweltcuprennen, das um 10.00 Uhr begann. Eigentlich wollten wir ja um 6.30 Uhr losfahren, da das Navigationsgerät eine 3 1/2 stündige Reise voraussagte. Am Samstag um 10.00 Uhr dann der Anruf, dass er um 12.00 Uhr bereit sei. Die Tickets für 80.- Franken pro Person waren aber futsch, da das Rennen um 15.00 Uhr bereits endete. Selbst sind aber die Herren und nebst dem sportlichen Teil, den ein solcher Weltcup bietet, gibt es ja noch einen ebenso, vielleicht sogar noch wichtigeren Teil, der Après Ski. Also freuten wir uns auf diesen und einen unbeschwerten kurzen Fussmarsch spät abends heim ins Hotel. Aber erstens kommt es immer anders und zweitens als man denkt. Der Lehrer, der notabene auch Geographie unterrichtet, war noch nie in diesem Skigebiet unterwegs, mochte sich aber an den einprägenden Slogan erinnern "Adelbode-Lenk, dank" und buchte im vergangenen November ein Hotel in Lenk für eine Nacht. Auf der Hotelseite hiess es, dass die Unterkunft 3.7 km von Adelboden entfernt sei, perfekt also für einen gemütlichen Spaziergang heim nach einem fröhlichen Après Ski. Nach exakt 3 1/2 stündiger Reise wunderten wir uns bei der Ankunft beim Hotel in Lenk schon sehr über fehlende Werbebanner, Partyzelte, Reisedcars und Autos. Da sah ja so gar nichts nach Skiweltcup aus. Im Hotel wurden wir dann aufgeklärt. Adelboden ist tatsächlich 3.7 km entfernt, wenn da nur nicht dieser Berg dazwischen wäre. Das Navigationssystem sagte eine Fahrt von 1h 20 Minuten voraus; das Tal runter fahren und das benachbarte Tal wieder hoch. Tja, so kann es manchmal laufen auf Reisen, die nicht optimal recherchiert wurden. Aus dieser Sicht macht es also durch auch Sinn, wenn der neue Einwohnerratspräsident auch in Zukunft noch viel reist, denn was sich im Alltag draussen abspielt, lässt sich auch auf den Rat projizieren und eine solche Reise möchte ich dem Einwohnerrat ersparen. Im Rat befinden wir uns stets auf einer Reise quer durch die unterschiedlichsten Geschäfte. Auch hier stehen wir manchmal vor Bergen, Bergen voller Arbeit oder Berge, die einem die Sicht nehmen. Da braucht es viel Geduld und Einarbeitungszeit um einen Überblick über die Sachlage zu erhalten. Aber gerade die Art der Zusammensetzung im Rat, nämlich Menschen wie wir alle aus den unterschiedlichsten Berufen und Branchen lassen das Risiko solcher Berge minimieren. Jeder von uns ist ein Profi in einem oder mehreren Gebieten aufgrund seiner individuellen Biographie. Durch diese breite Abstützung laufen wir selten Gefahr auf einen unüberwindbaren Berg zu treffen. Die letzten 4 Jahre im Rat habe ich als sehr konstruktiv, fair, sachlich und sehr kompetent erlebt. Deshalb ist es mir auch eine grosse Ehre für das Jahr 2014 das Steuer des Rates zu übernehmen und den Rat durch die Sitzungen zu leiten. Gemeinsam mit dem Ko-Kapitän (Noldi Isliker) und der kompetenten Crew an Bord (der gesamte Rat) hoffe ich auf eine Reise auf stiller See, auf erfolgreiches Debattieren, faire Verhandlungen, zügige Besprechungen, pflichtbewusste Abwicklungen und einen durchwegs guten Teamgeist. Ich versichere Ihnen als Kapitän mein Bestes zu geben und werde mit Bedacht unser ER-Schiff durch die See steuern und vor allem um Berge herum, nicht wie Francesco Schettino mit der Costa Concordia. Ich freue mich auf diese Reise mit Ihnen allen an Bord. Besten Dank!



TRAKTANDUM 1 Bericht zur Kenntnisnahme betreffend Finanzplan 2014 bis 2017

Eintretensdebatte:

ER Christian Schwyn (SVP)

Wir danken dem Gemeinderat und dem Zentralverwalter für den Finanzplan. Es ist ein Strategie- und Arbeitspapier, das dauernd angepasst werden muss d.h. der Finanzplan ist jetzt teilweise schon nicht mehr aktuell. Wir haben an der Fraktionssitzung unsere Fragen und Bedenken GR Dino Tamagni gestellt und kompetente Antworten erhalten. Wir hoffen, die positive Vorwärtsstrategie trägt mittelfristig Früchte, damit wir die Verschuldung für die nächste Generation wieder auf ein erträgliches Mass reduzieren können. Die SVP nimmt den vorliegenden Finanzplan zur Kenntnis.

ER Marcel Stettler (CVP)

Die CVP-Fraktion hat den Bericht zur Kenntnisnahme gelesen und besprochen. Wir sind der Meinung, dass dieser Finanzplan gut und verantwortungsbewusst ausgearbeitet wurde. Wir danken dem Finanzreferat für die detaillierten Informationen. Der Finanzplan ist herausfordernd für unsere Gemeinde, bedingt dass wir auch in Zukunft haushälterisch mit unseren Finanzen umgehen. Die CVP nimmt den Bericht zur Kenntnis.

ER Lenz Furrer (ÖBS)

Auch wir möchten dem Gemeinderat und der Gemeindeverwaltung danken für den Bericht über den Finanzplan. Es ist wieder gut, dass man sich über eine etwas längere Sicht orientiert. Selbstverständlich ist klar, dass auch der Gemeinderat keine Kristallkugel hat. Somit ist hier alles mit Vorsicht zu geniessen. Wir finden es gut, dass trotz der knappen Finanzlage gut investiert wird und so nehmen wir den Finanzplan zur Kenntnis.

ER August Hafner (SP)

Die SP-Fraktion hat wie schon in früheren Jahren mit eher gemischten Gefühlen vom aktualisierten Finanzplan Kenntnis genommen. Aufgefallen ist insbesondere, dass nicht zuletzt wegen Landverkäufen im Wert von fast Fr. 10 Mio. die laufende Rechnung über die Planjahre hinweg einigermassen im Lot gehalten werden kann. Aber Prognosen sind bekanntermassen immer mit Vorsicht zu geniessen. Das gilt namentlich dann, wenn schon geringe Konjunktoreinflüsse spitz kalkulierte Aufwand- oder Ertragsüberschüsse ins jeweilige Gegenteil kehren können. Schon der Abschluss der Jahresrechnung 2013 wird erste Hinweise liefern, was die heutigen Prognosen wert sind. Es ist erfreulich, wenn in den nächsten Jahren wieder mehr investiert werden kann, vor allem dann, wenn künftige Projekte die Attraktivität der Gemeinde erhöhen, was sich bei den Einnahmen wiederum positiv auswirkt. Der Preis für die verstärkte Investitionstätigkeit und die damit verbundene Belastung der Laufenden Rechnung durch Abschreibungen und den Schuldendienst setzt sich wie schon gesagt zum einen aus Devestitionen zusammen. Dazu kommt noch eine Erhöhung des Steuerfusses um 2 % im Wahljahr 2016. Das dürfte in diesem Rat noch heftige Diskussionen auslösen. Im Namen der SP-Fraktion danke ich dem Finanzreferenten und den beteiligten Mitarbeitenden für die alljährliche Fleissarbeit.



ER Felix Tenger (FDP)

Auch die FDP dankt dem Gemeinderat für die Erstellung des Finanzplanes. Er kommt sehr übersichtlich daher, auch graphisch sehr gefällig, über den Inhalt kann man sicherlich diskutieren. Leider kommt er etwas zu spät, aber das weiss der Finanzreferent. Es wäre schön gewesen, wenn wir ihn gemeinsam mit dem Budget hätten beraten können. Das macht ja meistens Sinn, dass man nicht nur die Detailzahlen des nächsten Jahres hat, sondern dass man auch einen Ausblick auf die folgenden Jahre machen kann. Das wäre mit diesem Finanzplan möglich gewesen. Zu den einzelnen Punkten. Zur Personalentwicklung: Das begrüssen wir sehr, dass der Gemeinderat mit einer stabilen Personalentwicklung plant und nicht etwa vorgesehen hat, den Etat aufzustocken. Auch bei den laufenden Rechnungen spürt man den Willen des Gemeinderates mit den vorhandenen Mitteln haushälterisch umzugehen. Das zeigt auch die Entwicklung der einzelnen Funktionen der Bereiche der Rechnung, wo eigentlich „nur“ bei der sozialen Wohlfahrt mit einem Anstieg gerechnet wird. Wenn man die Position soziale Wohlfahrt isoliert betrachtet, dann ist diese wirklich bedenklich. Das ist ja nicht das erste Mal, dass wir das konstatieren müssen. In diesem Bereich tickt wirklich eine Zeitbombe. Dann haben wir zu den Erträgen ebenfalls noch zwei Bemerkungen. ER August Hafner (SP) hat das bereits ebenfalls schon erwähnt. Wie weit diese Erträge durch Landverkäufe wirklich realisiert werden können, ich weiss es nicht! Das werden wir sicherlich sehr genau ansehen müssen. Die Objektsteuer, die ab 2016 ebenfalls eingesetzt ist, setzen wir ebenfalls ein Fragezeichen, ein sehr grosses Fragezeichen!!! Wenn man die budgetierte Entwicklung der sozialen Wohlfahrt anschaut, dann sieht man, dass genau diese Erhöhung, dem Betrag entspricht, den man mit diesen Steuerprozenten wieder reinholen muss. Ich denke, es müsste wirklich auf der Ausgabenseite angesetzt werden, bevor man auf der Ertragsseite das machen will. Zu den Kennzahlen: Da ist mir einfach aufgefallen, bei der Steuerkraft, dass die relativ stabil ist. Da habe ich mich dann schon gefragt, wo diese neuen Einwohner bleiben, auch diese finanzkräftigen Einwohner, die man sucht und die nach Neuhausen kommen sollen, die sind meines Erachtens in der relativen Steuerkraft wenig abgebildet. Auf der anderen Seite, ist die Nettolast sehr hoch, auch verglichen mit den umliegenden Gemeinden, das muss man wirklich sagen. Wir leben vermutlich über unsere Verhältnisse. Hier muss man sicherlich auf für die Budgetierung mit tieferen Zahlen rechnen. Alles in allem ist der Finanzplan sicherlich plausibel, aber es ist und bleibt natürlich ein Plan. Die FDP nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Gemeinderat Dino Tamagni

Besten Dank für die gute Aufnahme des Finanzplanes. Es ist wirklich so, wir können nicht allzu weit in die Zukunft schauen, aber wir möchten Ihnen die Zahlen doch bereitstellen, dass wir Ihnen gewisse Hinweise liefern können. Vielleicht noch kurz auf die gestellten Fragen bzw. Anmerkungen, die gemacht wurden. ER August Hafner (SP) bezüglich den Landverkäufen. Das fliesst natürlich, wie es der Gemeinderat beschlossen hat, auch wieder in den Gemeindeentwicklungsfonds ein. Der Gemeinderat weiss das und hat das auch so auf Seiten 4 und 5. Dann noch zur Sozialen Wohlfahrt. Da ist natürlich insbesondere die Krankenkassenprämienverbilligung, die hier zu Buche schlagen. Die werden im Laufe der Zeit steigen. Da können wir aber nichts beeinflussen. Das ist so gegeben. Dann noch die Objektsteuer. Ob die dann wirklich angenommen wird, das wird man dann sehen. Es ist wirklich ein Wahljahr. Ich denke, wir hatten auch in der Vergangenheit auf anderen Bauten eine Objektsteuer. Es zeigt sich schon, dass auf ein Objekt bezogen, eine solche Finanzierung möglich wäre. Für uns ist die Objektsteuer ein wichtiges Mittel. Natürlich werden wir Einsparungen machen, wenn es möglich ist. Aber die 2 % Objektsteuer sind natürlich hinsichtlich der Finanzierung um so wichtiger, da wir ja über eine liquiden Mittel verfügen und diese bei den Banken aufnehmen müssen d.h. die Banken wollen irgendwie sehen, wie das ganze amortisiert wird, sonst kriegen wir heute ganz einfach kein Geld mehr und darum muss irgendwo eine Refinanzierung stattfinden, ansonsten werden wir uns gewisse Investitionen gar nicht mehr leisten können, sofern wir nicht aufzeigen können, dass wir die Schulden wieder abbauen können. Dann zu den Steuereinnahmen: Da sind wir



immer etwas vorsichtig bei der Budgetierung. Wie gesagt, wir rechnen natürlich mit einem Personenzuwachs, einem finanzstarken Personenzuwachs. Nur ist da der Hintergrund so, dass wir nicht auf den Knopf drücken können und diese Personen morgen da sind. Zuerst müssen natürlich auch noch die Gebäude gebaut werden, wo wir natürlich stark rechnen, dass diese 2017/2018 so weit wären. Der zweite Punkt sind aber die juristischen Personen. Da wissen Sie ja, dass die Unternehmenssteuerreform 3 am Laufen ist. Was da auf uns zukommt, steht noch in den Sternen geschrieben, aber man kann davon ausgehen, dass schlussendlich für die juristischen Personen ein tieferer Steuersatz angewendet werden muss. Ansonsten wir mit Wegzügen von Firmen rechnen müssen, das wäre dann ein Totalausfall. Hier wird sich dann noch zeigen, was auf uns zukommt. Das ist ein bisschen die Ausgangslage für die nächsten 4 Jahre etwas zusammengefasst.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Der Hinweis bezüglich der Objektsteuer bedarf meines Erachtens noch einer Präzisierung. Der Entscheid sollte eigentlich im Jahre 2015 gefällt werden. Das können Sie im Bericht und Antrag betreffend Projektierungskredit Seite 8 entnehmen. Dort ist die Volksabstimmung vermerkt. Im Finanzplan ist die Einnahme ab 2016 vorgesehen und wir hoffen, dass wir hier noch genügend klaren Kopf haben und wir hier dann darüber befinden betr. Schulhaus, Umgebung etc. und dass wir da zu einem guten Ergebnis kommen.

ER August Hafner (SP)

Ich habe noch eine Bemerkung zum Votum des Finanzreferenten. Bei seinen Ausführungen zur Notwendigkeit der Objektsteuer hat er immer vorwiegend die linke Seite im Augenwinkel gehabt. Ich kann Ihnen prophezeien, dass Sie die Überzeugungsarbeit auf der anderen Seite leisten müssen und da dürften blosse Blicke nicht mehr genügen.

Detailberatung:

ER Felix Tenger (FDP)

Finanzplan 2014 bis 2018, Seite 4, Vermögenserträge

Ich habe eine Detailfrage, die mir auch nachträglich beantwortet werden kann.

Position 42, Vermögenserträge. Mir ist hier aufgefallen, als ich mit dem Finanzplan des Vorjahres verglichen habe, dass wir dort etwas über Fr. 8 Mio. Vermögenserträge hatten und jetzt sind wir plötzlich auf Fr. 7 Mio. Hat das allenfalls ein Zusammenhang mit der geplanten Objektsteuer, dass man die Erträge etwas heruntergeschraubt hat, damit dann die Notwendigkeit der Objektsteuer besser ersichtlich ist oder kann mir der Finanzreferent sagen, weshalb es hier eine Reduktion von Fr. 1 Mio. gegeben hat?

ER Jakob Walter (parteilos)

Finanzplan 2014 bis 2018, Seite 7

Mein erster Gedanke war, dass wenn vor der Einkommens- und Vermögenssteuer ein Minus (-) steht, dann bekommen wir etwas zurück von der Gemeinde? Mich verwirrt das, weshalb Ertragsüberschüsse mit einem Minus und Aufwandsüberschüsse mit einem Plus dargestellt werden?



Gemeinderat Dino Tamagni

Das ist einfach zu beantworten. Das System rechnet so und wir nehmen hier eine Kopie aus dem System. Wenn wir es anders darstellen müssten, dann müssen wir jede Position noch manuell anpassen und das würde den Aufwand sprengen.

ER Felix Tenger (FDP)

Finanzplan 2014 bis 2018, Seite 7

Ich habe noch eine Frage zur relativen Steuerkraft. Wir haben hier eine sehr stabile Entwicklung auch in den Jahren 2017 und 2018. Es wird immer gesagt, dass mit diesen neuen Überbauungen mehr Einwohner nach Neuhausen kommen, dann sollten das eher Leute der oberen Einkommensschicht sein. Ich habe mich gefragt, wo das abgebildet wird oder ob das erst im nächsten Finanzplan dargestellt wird. Ich habe kurz einen Quervergleich mit der Stadt Schaffhausen gemacht und dort hat die Stadt eine relative Steuerkraft von Fr. 3'250.00 im 2011. Das ist um einiges höher, als die Zahl, die hier genannt wird. Ich denke Potential gegen oben besteht hier sicherlich noch.

Gemeinderat Dino Tamagni

Es gibt ja auch irgendwo das Vorsichtsprinzip und ich denke insbesondere die relative Steuerkraft von Schaffhausen ist sicherlich auch höher als in Neuhausen. Aber wenn man die Zuzüger rechnet, dann verteilt sich das auch auf die anderen. Wenn da 100 bis 200 kommen, wirkt sich das nicht so gewaltig auf den Durchschnitt aus. Das ist in der Verteilung enthalten. So viel mehr ist das auch nicht. Logisch, man könnte auch etwas mehr einnehmen, aber das ist dann wirklich Kaffeesatzlesen. Es ist auch die Frage, sind diese Bauten dann auch bereit. Wenn ich heute höre, wie lange die Verzögerungen gehen, dann bin ich eher vorsichtig und gehe lieber noch ein halbes Jahr nach hinten. Wann werden diese bezugsbereit sein? Ist es wirklich das ganze Steuerjahr oder erst gegen Ende des Steuerjahres? Deshalb auch etwas Luft gegen oben wie auch gegen unten.

Nochmals zurückkommend auf die Frage von Seite 4 von ER Felix Tenger (FDP) betreffend den Vermögenserträgen Konto 42. Diese Staffelung hat auch mit dem zu tun, was wir im letzten Jahr geplant haben zu verkaufen und in den Folgejahren. Natürlich mit gewissen Verzögerungen, die jetzt kommen, da eigentlich das ganze aufgeteilt wird im Folgejahr und wieder neu beurteilt wird. Das Gegenkonto wäre dann die Einlagen in Spezialfinanzierungen. Dieses hat sich auch anders gestaffelt, bei der Neubeurteilung des Finanzplanes. Weil wir hier im Antrag beim Gemeindeareal ein Baurecht vorsehen, entfallen diese Erträge und Einnahmen natürlich komplett und auch die Einlagen in die Spezialfinanzierung. Deshalb ist dieser Finanzplan schon wieder überholt bezüglich den Einnahmen und Ausgaben. Die Baurechtszinsen spielen natürlich 1 : 1 herein.

ER Felix Tenger (FDP)

Ich habe natürlich die Einlagen in die Spezialfinanzierungen mit eingerechnet. Ich habe das schon gesehen, dass sich diese entsprechend erhöht haben, aber die Erträge haben sich entsprechend nicht mit diesen Einlagen verändert. Deshalb wollte ich nochmals sicherstellen, was der Grund für diese Buchung oder Veränderung ist. Das können wir aber auch noch später ansehen.



Antrag:

Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von diesem Bericht.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 2 Bericht und Antrag betreffend Kaufrechtsvertrag Grundstück GB Neuhausen am Rheinfall Nr. 571 am Chilestieg

Eintretensdebatte:

ER Jakob Walter (parteilos)

Wir finden es sinnvoll, wenn in diesem Bereich etwas geschieht. Optisch kann es sicher nicht mehr verschlechtert werden, aber ein grosses „Falls“ haben wir noch! Der kleine Park, der nun überbaut werden soll, möchten wir nicht einfach so hergeben. Was in diesem Bericht und Antrag steht, ist mir nicht klar genug formuliert. Es heisst zwar, dass es in der Projektidee aufgezeigt werden müsse. Für die öffentlichen Grünflächen muss Ersatz geschaffen werden und nachher im Antrag steht, dass die GENU Partner AG Geld bezahlen muss und das ist dann alles. Ich möchte hier verbindlich hören, wer sorgt dafür, dass in der Nähe Ersatz geschaffen wird. Ich möchte nicht, dass die Gemeinde dann etwas Geld kassiert und nachher findet, wir haben jetzt das Geld aber leider finden wir keine Möglichkeit für irgendwelchen Ersatz. Ich möchte, dass der Bauwillige durch den Baurechtsvertrag verpflichtet wird nicht nur der Gemeinde Geld zu bezahlen sondern sich auch dazu zu verpflichten, diesen grünen Fleck zu ersetzen. Falls das nicht möglich wäre, in der näheren Umgebung das sicher zu stellen, dann mindestens das Geld zweckbestimmt zu reservieren, dass vielleicht ein anderer Spielplatz zusätzlich entstehen könnte oder ihn zu erneuern. So wie es da steht, genügt uns das nicht, ansonsten würden wir hier gerne zustimmen.

ER Rita Flück Hänzi (CVP)

Das Grundstück GB Neuhausen am Rheinfall Nr. 571 liegt in der Kernzone I, d.h. wie im Bericht und Antrag zu lesen ist, dass eine Verdichtung ortsverträglich ausgestaltet werden muss. Die Vorlage strebt die Strategie der Verdichtung an und dafür ist demzufolge das unbebaute Land freizugeben. Die GENU Partner AG will Voraussetzungen für einen Drittinvestor schaffen, der eine Überbauung mit Gewerbe und Wohnraum erstellen kann. Geeigneter Wohnraum für Familien ist unabdingbar und zu fördern. Die Grundstücke sind sehr gut erschlossen. Einkaufsmöglichkeiten, Kindergarten, Schulen etc. sind bestens erreichbar. Wir hoffen sehr, dass diese Überbauung für Familien mit Kindern bezahlbaren Wohnraum zulässt. Sehr wichtig erscheint uns, wie auch schon ER Jakob Walter (parteilos) erwähnt hat, dass für die öffentlichen Grünflächen, welche der Überbauung weichen müssen, einen angemessenen Ersatz geschaffen wird. Die CVP ist für Eintreten und stimmt dem Antrag zu.

ER Christian Schwyn (SVP)

Wir haben letzten Herbst der Richtplanänderung zugestimmt und werden jetzt auch dem Verkauf von GB Nr. 571 zustimmen. Wir sind für Eintreten.

ER-Präsident Urs Hinnen (ÖBS)

Dank Arc Actuel wissen wir eigentlich, was die Gemeinde anstrebt. Es ist ja so, dass wir wirklich zentrumsnahe Gebiete fördern wollen. Wir vorwärts machen wollen mit Verdichtung. Wir haben eigentlich einen guten Anfang gemacht mit der Attraktivierung des Ortszentrums. Jetzt geht es darum, dass auch Gebäudeebene weitere Taten folgen. Bei der Vernehmlassung haben wir uns schon sehr deutlich darüber geäußert, dass das passt und Sinn macht. Es geht darum, dass wir ein



städtebaulich gesehen, gutes Ensembles haben werden, wenn das so umgesetzt wird, wie das die Planer sehen und gleichzeitig ist es eine Attraktivierung, wenn es architektonisch gut wird. Dann kann das eine echte Bereicherung darstellen. Ich denke, die Erteilung des Kaufrechts an die GENU Partner AG macht eigentlich Sinn, weil diese Unternehmung ist schon seit 40 Jahren im Raum Schaffhausen tätig und sie hat in diesem Sinne ein Vorzeigeprojekt mit den Alterswohnungen an der Rabenfluhstrasse. Das sind wirklich sehr schöne Gebäude und wenn hier architektonisch nicht gepusht wird und hier wieder etwas Schönes hingestellt wird, dann kommt das sicher gut. Für mich ist das der richtige Partner. Wir haben etwas Probleme gehabt mit den Unterlagen. Das muss ich ehrlich sagen. Diese waren keine grosse Hilfe. Es ist auf diesem Plan nicht ersichtlich, was gemeint ist. Vor allem fehlen die Grundstücknummern. Wir mussten dann auf ältere Unterlagen zurückgreifen. In diesem Sinne wäre ich froh gewesen, man hätte etwas mehr in der Hand gehabt um sich das Besser vorzustellen und man nicht in alten Unterlagen grübeln musste. Bezüglich der Grünfläche, die verschwindet, muss man sich unbedingt Gedanken machen, wo man das hin platzieren könnte. Es muss doch soweit gehen, dass wir irgendwo ein Freiraum planen können. Wir müssen uns nicht nur klar werden, wo Gebäude hingestellt werden können, sondern auch wo wollen wir Freiflächen haben? Wir von der ÖBS sind auch für Eintreten und werden der Sache zustimmen.

ER Walter Herrmann (FDP)

Die FDP-Fraktion hat bereits bekundet, dass sie eine städtebaulich verträgliche Überbauung dieses Areals begrüsst. Somit wird sie auch dem Verkauf des Grundstücks GB Nr. 571 zustimmen, vor allem, weil der Ersatz des Kinderspielplatzes und des Aufenthaltsbereichs inkludiert ist. Es muss dann aber auch Realersatz geplant werden. Was uns stört ist die Zeitdauer von fünf Jahren, die der GENU Partner AG für den Kaufentscheid zugestanden wird. Sollten diese fünf Jahre voll ausgeschöpft werden, können bis zu einer Realisierung einer Überbauung sicher noch weitere 3 Jahre vergehen, eine lange Zeit. Sollten sich aber vorher weitere potente Bauherren interessieren, wäre die Entwicklung solange blockiert. Ist es nicht sinnvoller, das Kaufrecht in ein Vorkaufsrecht umzuwandeln oder die Zeitdauer des Kaufrechts auf zwei Jahre zu beschränken. Ferner will die FDP-Fraktion noch wissen, ob Sicherheit besteht, dass bei einem Verkauf an einen Drittinvestor Spekulation ausgeschlossen ist. Wir werden Eintreten.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Ich danke Ihnen bestens für die doch gute Aufnahme dieses Geschäftes. Die Zeit, die wir erhalten haben, als wir das an der letzten Einwohnerratssitzung nicht beraten haben, haben wir genutzt und haben den Kaufvertrag noch präzisieren können. Verschiedene Fraktionen haben ja das erwähnt bezüglich des Ersatzes und im Kaufrechtsvertrag steht unter den weiteren Bestimmungen unter Ziffer 9: „Die Kaufpartei verpflichtet sich für den bestehenden öffentlichen Spiel- und Aufenthaltsbereich in unmittelbarer Nähe des Chilestiegs eine Ersatzfläche mit mindestens 70 m² zur Verfügung zu stellen.“ Sie muss also nicht nur zahlen den Preis die Fr. 40'000.00 plus die Fr. 22'000.00, sondern sie muss auch noch 70 m² mindestens zur Verfügung stellen in unmittelbarer Nähe und damit hoffe ich, dass die gewünschte Präzisierung von den verschiedenen Fraktionen, somit erfolgt ist. Es ist im Weiteren in dieser Bestimmung vorgesehen, dass die Parteien zur gegebenen Zeit einen Dienstbarkeitsvertrag unterzeichnen werden. Wir wissen ja heute noch nicht, wie das Gebäude gebaut werden wird und deshalb können wir jetzt noch nicht eine Fläche bestimmen im Grundbuch, wo dieser Ersatz für den Aufenthaltsbereich und den Spielplatz hinkommt. Ich bin sehr froh, dass alle Fraktionen klar zum Ausdruck gebracht haben, dass wir nach innen verdichten müssen dort wo es sinnvoll ist. Es hat mich auch gefreut, dass die hohe städtebauliche Qualität angesprochen wurde. Ich denke, das ist etwas an dem wir noch arbeiten müssen in Neuhausen am Rheinfall. Man hat dieses Prinzip nicht immer gleich hoch gehalten wie wir es jetzt hoch halten zu versuchen. Ich denke, das ist wirklich ganz wichtig. Die Verkürzung auf 2 Jahre des



Kaufrechts möchte ich Ihnen nicht empfehlen. Wenn wir das machen würden, dann würden die verschiedenen Vertragsverhältnisse, die uns teilweise bekannt sind mit der Mieterschaft an der Wildenstrasse nicht mit parallel laufen mit dem Kaufrecht und ein auseinanderfallen dieser Kaufrechte, das wäre natürlich eine schwierige Situation. Den Ausschluss der Spekulation können wir natürlich nie vollständig machen. Natürlich haben wir das Rückkaufsrecht. Das ist auch nach wie vor drinnen, wenn's innerhalb 3 Jahre nach der Eigentumsübertragung nichts passiert. Dort ist die Kaufsumme Fr. 300'000.00. Das ist im Vertrag enthalten. Die Ausübung des Rückkaufsrechts würde natürlich wieder eine Botschaft an Sie bedeuten. Das ist eine Summe, die der Gemeinderat nicht von sich aus bewilligen kann, sondern da müssen Sie dann wieder Ihre Zustimmung geben. Tatsächlich gibt es eigentlich zwei Grundstücke, die an diesem GB Nr. 571 interessiert sein können. Wenn Sie den Plan zur Hand nehmen, dann ist es einerseits der Eigentümer des Gebäudes, wo nun der grosse Teil der Migros drinnen ist an der Wildenstrasse und es wäre das Grundstück Nr. 593, das auch noch in Frage kommen könnte. Aktuell zeigt aber nur der Eigentümer des Gebäudes Wildenstrasse Migros Interesse etwas zu machen und andere Personen haben sich bis heute bei uns nicht gemeldet Ihre Ansprüche oder Interesse zu bezeugen. Wir hoffen eigentlich, Ihnen mit dem Plan aufzeigen zu können, wo evtl. der Ersatz der Grünfläche hinkommen könnte und zu beachten ist, die heutige Parkfläche soll auch begrünt werden auch wenn ein Teil oder alles dieser Fläche nicht öffentlich zugänglich wird, dann ist die Wirkung deutlich positiver als die heutige Betonwüste. Richtigerweise hat die ÖBS darauf hingewiesen, dass auch die Planung der Freifläche etwas ganz Zentrales ist und Sie haben damit eigentlich ein ganz wichtiges Prinzip der aktuellen Architektur und Raumplanung angesprochen. Man fängt eigentlich mit dem leeren Raum an und schaut, wo man etwas hinstellen kann und das ist ein ganz zentraler Punkt, den wir auch in der Zonenplan und Bauordnung aufnehmen werden. Wir müssen uns tatsächlich Gedanken machen, wo sind die Freiflächen und wie kommen diese ins Spiel mit den Gebäudevolumen. Das sind genau diese Fragestellungen, die sehr spannend sind und mit denen wir uns auch beschäftigen müssen. Die CVP hat auch darauf hingewiesen, dass es Ersatz braucht. Ich denke, dass wird möglich sein in diesem Projekt. Die SP hat noch erwähnt, man soll das Geld reservieren. Das ist eigentlich nicht üblich, dass wir noch separate Kassen führen. Da hat der Finanzreferent nicht so Freude. Wir wissen aber, wenn so etwas gebaut wird, dass wir zeitnah Ersatz schaffen müssen. Wenigstens für 70 m2 müssen wir etwas Sinnvolles machen. Da werden wir das Geld sicher auch wieder brauchen können.

ER Felix Tenger (FDP)

Der Gemeindepräsident erwähnte, dass wenn nach 3 Jahren nichts passiert, dass dann die Gemeinde ein Rückkaufsrecht hat resp. dass dann das Grundstück an die Gemeinde zurückfällt zum selben Preis, zu diesen Fr. 300'000.00. Heisst das nach 3 Jahren nach der Vertragsunterzeichnung oder 3 Jahre nach Ablauf dieser 5 Jahre, die in diesem Kaufrecht enthalten sind?

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

3 Jahre nach Ausübung des Kaufrechts. Wenn die GENU oder ein Rechtsnachfolger das Kaufrecht ausübt und dann 3 Jahre nichts macht, dann können wir für Fr. 300'000.00 das zurückkaufen. Und immerhin zum ersten Mal haben wir erreicht und es auch durchgesetzt, da war dann die Gegenpartei gar nicht erfreut, dass man während dieser Wartefrist, also während das Kaufrecht nicht ausgeübt wird, Fr. 5'000.00 pro Kalenderjahr bezahlt werden muss. Das wird nicht zurückerstattet. Das ist nicht eine riesige Summe aber immerhin, wenn sie 5 Jahre warten, dann haben wir Fr. 25'000.00 zusätzlich. Das ist auch nicht nichts, für einen Spielplatz und einen relativ bescheidenen Aufenthaltsbereich.



ER August Hafner (SP)

Das ist ja schön, dass es so läuft mit diesem Reservationspreis. Ich muss einfach sagen, eine wirkliche Heldentat ist das nicht. Im privaten Bereich ist das sehr üblich, dass man Kaufrecht nicht gratis einräumt und wenn die Privaten sich da sperren, einer Gemeinde eine Reservationsgebühr zu bezahlen, dann haben sie immer noch nicht begriffen, dass sich auch eine Gemeinde wie ein Privater verhalten soll bzw. darf.

ER-Präsident Marco Torsello (FDP)

Es gibt keine weiteren Meldungen und Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung:

ER Felix Tenger (FDP)

Ich habe noch einen Antrag. Mich hat jetzt diese Argumentation zu diesem Kaufrecht und der Laufzeit nicht ganz überzeugt. Ich möchte deshalb den Antrag stellen, dass der GENU Partner AG kein Kaufrecht sondern ein Vorkaufsrecht eingeräumt wird. Also während der Dauer von 5 Jahren diese Fläche beziehen kann. Das würde heissen, wenn ein anderer Investor Interesse hätte, dass sich dann die GENU Partner AG outen müsste und dann entsprechend auch aktiv werden müsste. Nicht, dass wir da jetzt 8 Jahre blockiert sind. Deshalb mein Antrag.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Ich stelle den Gegenantrag: Bleiben Sie bitte beim Antrag des Gemeinderates. Wenn Sie ein Vorkaufsrecht machen, dann sind wir nochmals in den Verhandlungen mit der GENU Partner AG voll drinnen. Zweitens habe ich Sie darauf hingewiesen, es gibt einen Mietvertrag und Sie können sich vorstellen, wer dieser interessante Mieter an der Wildenstrasse ist und das ist tatsächlich so, vermutlich wird in den nächsten 5 Jahren noch nichts passieren. Wenn ein grösseres Bauprojekt entstehen soll, dann braucht es auch eine gewisse Vorlaufzeit und wenn Sie nur ein Vorkaufsrecht geben, dann wird das nicht funktionieren. Dann wird nichts passieren.

ER-Präsident Marco Torsello (FDP)

ER Felix Tenger (FDP) hältst Du am Antrag fest?

ER Felix Tenger (FDP)

Ja.



ER-Präsident Marco Torsello (FDP)

ER Felix Tenger (FDP) stellt folgenden Antrag:

Der GENU Partner AG wird das **Vorkaufsrecht** über das Grundstück GB Neuhausen am Rheinflall Nr. 571 mit einer Fläche von rund 476 m² für die Dauer von fünf Jahren zum Preis von Fr. 300'000.00 (476 m² x Fr. 500.00/m² = Fr. 238'000.00 + Fr. 40'000.00 Ersatz Kinderspielplatz + Fr. 22'000.00 Ersatz Aufenthaltsbereich) erteilt.

Dieser Antrag wird dem gemeinderätlichen Antrag gegenübergestellt:

Der Antrag Felix Tenger (FDP) wird mit 15 : 2 Stimmen abgelehnt

Schlussabstimmung:

Antrag:

Der GENU Partner AG wird das Kaufrecht über das Grundstück GB Neuhausen am Rheinflall Nr. 571 mit einer Fläche von rund 476 m² für die Dauer von fünf Jahren zum Preis von Fr. 300'000.00 (476 m² x Fr. 500.00/m² = Fr. 238'000.00 + Fr. 40'000.00 Ersatz Kinderspielplatz + Fr. 22'000.00 Ersatz Aufenthaltsbereich) erteilt.

Der Antrag wird mit 17 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 3 Bericht und Antrag betreffend Projektierungskredit für die teilweise Neunutzung des Areals Kirchacker

Erläuterungen/Bemerkungen:

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Was Sie hier vor sich haben ist der erste Schritt für ein Riesenprojekt für Neuhausen am Rheinfall. Ich bin ehrlich gesagt, etwas überrascht gewesen. Ich habe gedacht, die Medien würden mir „auf die Bude steigen“ und mit Fragen löchern. Aber es ist nichts gekommen. Lediglich eine Radiostation hat gemerkt, was da eigentlich passiert oder möglicherweise passiert. Ich finde es wichtig, dass Sie möglichst früh darüber orientiert sind, dass wir die Weichen richtig stellen und nicht dass wir ganz am Schluss sagen, wir sind auf dem falschen Weg. Wir wollen in Neuhausen am Rheinfall ein moderates Bevölkerungswachstum, ungeachtet, wie es am 9. Februar 2014 herauskommt. Wir wollen weiterhin leicht wachsen, nicht nur gewichtsmässig sondern anzahlmässig. Wichtig sind die Verkehrsanbindungen Richtung Zürich, Schaffhausen, Winterthur. Der Gemeinderat sagt in seinen Legislaturzielen seit mehreren Perioden, dass wir uns auf den Grossraum Zürich ausrichten müssen. Das ist eine Konsequenz, die auch der Kanton aufgenommen hat und realisiert hat. Stichwort: Halbstundentakt. Ein anderes Stichwort ist aber auch die Schaffhauser S-Bahn. Infrastruktur ist das eine. Man muss aber auch ein überzeugendes Angebot an Wohn- und Geschäftsraum haben. Nur billige Wohnungen bringen nicht die richtige Wohnbevölkerung sondern die Leute wollen eben auch schön wohnen und dieses Angebot müssen wir hier in Neuhausen am Rheinfall noch verbessern. Wir haben aber auch gesagt im Gemeinderat und im Einwohnerrat, wir wollen das Siedlungsgebiet nur massvoll erweitern. In der Zwischenzeit wäre eine grössere Erweiterung ohnehin nicht mehr möglich. Das Raumplanungsgesetz erlaubt das nicht mehr. Der Kanton Schaffhausen hat dieser Revision des Raumplanungsgesetzes im Übrigen auch zugestimmt. Das ist durchaus auf der Linie des Einwohnerrates und des Gemeinderates. Das Schulhaus Kirchacker sieht von aussen sehr repräsentativ aus, wenn man aber genauer hinschaut, dann sieht man, dass es renovationsbedürftig ist. Die Treppe taugt nicht mehr für die feuerpolizeilichen Auflagen. Wir angeln uns eigentlich Jahr für Jahr mit einer Sonderbewilligung durch. Immer wieder mit dem Versprechen, dass wir jetzt dann etwas Neues machen. Das Schulhaus Rosenberg platzt aus allen Nähten und es ist daher vorgesehen ein bis zwei Schulklassen in's Kirchacker zu verschieben. Wir haben mehr Kinder in Neuhausen am Rheinfall. Das ist erfreulich. Das zeigt, dass Sie und wir im Gemeinderat unsere Aufgaben vielleicht nicht ganz falsch machen. Das eben auch Familien zu uns kommen mit Kindern, das bedeutet aber, dass wir Investitionen im Schulraum jetzt machen müssen. Ich sage Ihnen das jetzt schon, eine reine Renovation des Schulhauses Kirchacker ist nicht möglich. Wir müssen zusätzlichen Schulraum schaffen. Wir müssen auf jeden Fall einen neuen Zugang bauen für dieses Schulhaus und nach solchen baulichen Massnahmen würde das Schulhaus Kirchacker nicht mehr so aussehen, wie es Sie vielleicht von Ihrer eigenen Schulzeit in Erinnerung haben. Es würde gänzlich anders aussehen. Dies umso mehr, dass wir energetisch massiv investieren müssen in diesen natürlich völlig unzureichend isolierten Bau. Das Gemeindehaus und der Werkhof sind ebenfalls sanierungsbedürftig. Je länger je weniger wirklich geeignet für unsere Arbeit. Das Gemeindehaus ist nicht unterkellert mit allen Nachteilen, die die fehlende Unterkellerung mit sich führt. Die sanitärischen Anlagen wurden irgendwann einmal angepflantscht beim Zwischenboden. Das sieht man von aussen sehr gut. Sie sind sehr problematisch ausgeführt worden mit den entsprechenden Geruchsbelästigungen und auch anderen Unannehmlichkeiten. Wir haben im Gemeindehaus zu wenig Büros. Auch zu wenig Sitzungszimmer vor allem auch kleinere Sitzungszimmer. Im Werkhof fehlt es an einem invalidengerechten Zugang. Wir haben vor bald 15 Jahren auch schon mal Pläne gemacht für einen Lift. Das würde auch Millionen kosten, das so auszurüsten, dass es wirklich



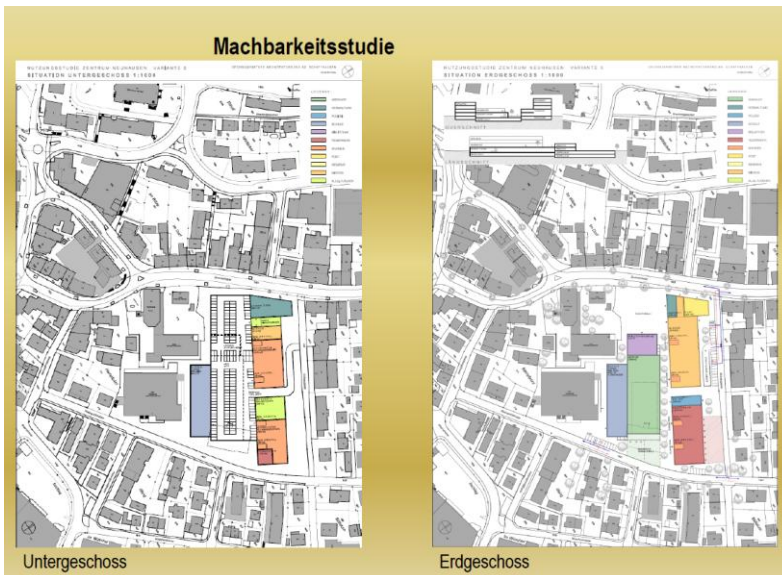
invalidengerecht ist. Wir haben dort eher zu viel Platz. Wir haben im obersten Stock sogar eine Wohnung, aber es ist nicht möglich, alle Büros aus dem Gemeindehaus im Werkhof unterzubringen. Dann haben wir ja noch die Satellitenstationen mit der Verwaltungspolizei an der Rheingoldstrasse und wir haben noch die Bibliothek an der Marktgasse. Da wäre es sehr sinnvoll, wenn wir eine Konzentration der Verwaltung hinkriegen könnten. An dieser zentralen Lage, hier am Platz für Alli, könnte man durchaus auch Wohnraum schaffen. Wir sind davon überzeugt, dass es sehr wohl Personen gibt, die den urbanen Lebensstil leben und pflegen und entsprechend auch Wohnraum suchen. Nahe beim Bahnhof SBB. Nahe bei der neuen S-Bahnhaltestelle Neuhausen am Rheinfall. Die Bauarbeiten für diese S-Bahnhaltestelle fangen übrigens in den nächsten paar Wochen bereits an. Im umfangreichen Mass ab Sommer 2014. Dann wird man sehen, wie das vorwärts geht. Andererseits haben wir auch ein Interesse daran, dass grössere Läden und Dienstleister hier im Zentrum bleiben. Wir wollen mit diesem Projekt die Attraktivität des Zentrums erhöhen. Wir wollen zeitgemässen Wohnraum schaffen hier an einer sehr guten Stelle. Wir wollen eine gemeinsame Entwicklung mit Privaten machen. Das Risiko für den Wohnungsbau kann nicht der Gemeinde obliegen, dafür gibt es Private und wir wollen den Werkhof in den Rundbuck auslagern, eventuell zusammen mit unserer Gärtnerei.



Quelle: Google maps

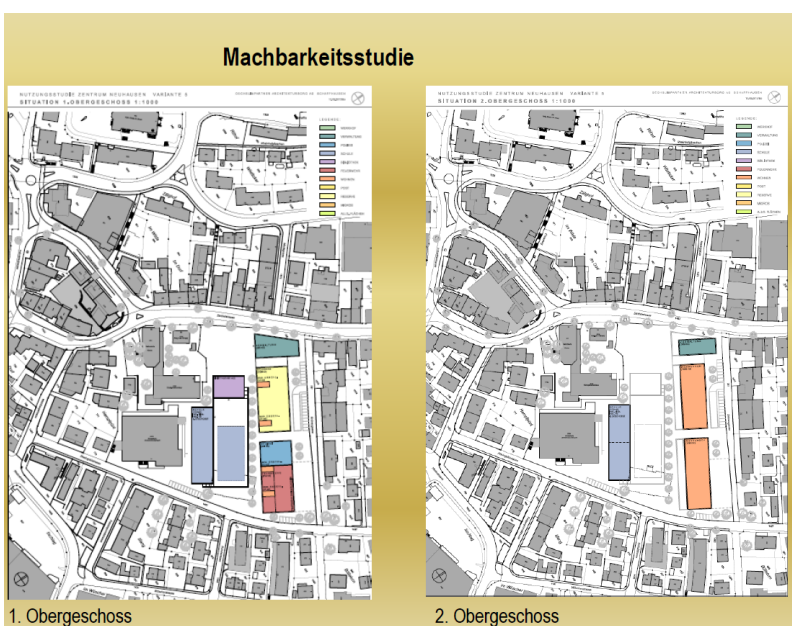
Sie sind aktuell hier unten und wenn Sie auf dieses Satellitenphoto schauen, dann sehen Sie von was für einer grossen Fläche wir sprechen. Was man da machen könnte. Hier ist die Post. Wir sind in der recht guten Situation, dass auch die Post eine Veränderung sucht. Das Gebäude entspricht nicht mehr den Anforderungen, die sie an eine moderne Poststelle hat. Sie hat viel zu viel Platz im Backoffice und viel zu wenig Platz für die Kundschaft. Das ist eine Situation, die sie ändern muss. Die Bauqualität des Hauses ist auch nicht über jeden Zweifel erhaben, so dass man miteinander etwas machen kann. Der Werkhof habe ich erwähnt, ist nicht so gut. Die Baracke ist ein Schandfleck, der bereits bei der Gründung des Vereins Ortsmarketing erwähnt wurde. Diese Baracke müsse weg. Dann haben wir den Unterstand für Fahrzeuge, Material. Vorne ist die Feuerwehr und hinten sind Garagebetrieb und Einrichtungen für den Werkhof. Hier das Kirchackerschulhaus und eine ganz wichtige Vorgabe der Lehrer war es, dass man die Schüler unbegleitet in die Turnhalle schicken kann. Die Schüler brauchen auch irgendeinen Spielplatz und die Bevölkerung will einen Platz für Alli und sie will sicherlich auch die Autos irgendwo abstellen. Sie sehen, wir haben eine Vielzahl von Bedürfnissen und wir versuchen das zu lösen. Im Projekt Arc Actuel hat man mal aufgezeigt, wie eigentlich eine Entwicklung an diesem Ort von statten gehen könnte und wir haben basierend auf diese Studie eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben und

dort haben wir verschiedenes vorgegeben. Wir haben z.B. gesagt, es muss ein Schulhaus von einer speziellen Grösse geben. Die Verwaltung muss in einem Gebäude sein. Der Werkhof, die Feuerwehr, die Polizei und die Bibliothek, alles muss am gleichen Ort sein. Es muss Platz haben für einen Laden bzw. für eine Ladenstrasse und ungefähr für 45 Wohnungen. Dann haben wir auch verlangt, dass es einen Ersatz für die Parkplätze braucht in einer Tiefgarage. Das wurde alles erfüllt.



Sie sehen hier z.B. die Tiefgarage. Die hätte ungefähr 270 Plätze. Ein Grossverteiler wünscht ungefähr 120 bis 140 Plätze. Dann brauchen Sie für jede Wohnung noch einen und dann haben Sie noch die Differenz von 70 Parkplätzen für die Öffentlichkeit. Heute haben wir ungefähr 67 Parkplätze zur Verfügung.

Das wäre der Bereich des Schulhauses.



Hier Verwaltung und Post und Werkhof, Feuerwehr und ähnliche Einrichtungen. Mit dem Erdgeschoss geht das dann so hinauf und dann hat man gesehen in der Machbarkeitsstudie der



Spielplatz der Kinder müsste im 1. Stock angeordnet werden und das ist eigentlich nicht sehr sinnvoll. Wir haben auch verschiedene Architekten gehabt, die auf diese Pläne geschaut haben und jeder hat uns das gleiche gesagt. Wieso ist der Werkhof eigentlich im Zentrum? Das ist ein viel zu teurer Ort und das ist tatsächlich etwas, das wir uns auch überlegt haben, wohin könnten wir mit dem Werkhof gehen? Wir haben uns überlegt, ob wir an der Chlaffentalstrasse etwas machen könnten. Das ist aber nicht möglich, dort fehlen die nötigen Quadratmeter. Wir haben bei der Alcan Halle geschaut, noch etwas weiter draussen, ob das möglich ist, geht nicht. Wir hätten umzonen müssen. Das hat uns der Kanton verweigert. Wir haben geschaut, ob man mit dem Kanton und der Stadt Schaffhausen etwas machen könnte. Die sind bekanntermassen im Gespräch mit dem Schweizersbild. Dass sie dort etwas gemeinsam machen könnten. Wir haben da intensiv mitgearbeitet, mussten aber feststellen, dass es nicht möglich ist, weil die Wege für die Fahrzeuge viel zu lang wären. Die Putzmaschine z.B. darf nicht durch den Tunnel fahren. Die Mindestgeschwindigkeit für die Nationalstrasse erreicht sie nicht und dann hätte sie ungefähr zwei Stunden von Schweizersbild bis hierhin. Das funktioniert nicht. Das Kehrrichtfahrzeug alleine dort hin stellen macht auch keinen Sinn. Wir haben auch mit Beringen gesprochen. Beringen will erst in 5 bis 10 Jahren etwas machen und dann sind wir irgendwann zum Schluss gekommen, wir machen doch eine eigene Lösung und sind dann auf den Rundbuck gekommen. Im Rundbuck haben wir nach wie vor Fläche und sie wissen alle, die Zeiten in denen grosse Produktionsbetriebe gekommen sind, dürfen zumindest einstweilen vorbei sein. Wir können schlechthin nicht mit asiatischen Ländern konkurrenzieren und Sie wissen auch, wie wenig Vorlage Sie für Landverkäufe in diesem Bereich hatten und ich denke, dass es eine gute Lösung sein könnte. Wenn wir den Werkhof aus diesem Projekt rausnehmen, dann entlasten wir das Gesamtprojekt und können viel einfacher planen resp. planen lassen.

Kosten und Einnahmen (ohne Steuern)

| | |
|-------------------------------------|--------------|
| • Ersatz Werkhof | 2.5 Mio. |
| • Verwaltungsgebäude | 4.0 Mio. |
| • Feuerwehrzentrum | 3.0 Mio. |
| • Ersatz Schulhaus Kirchacker netto | 8.2 Mio. |
| • Verkauf Areal Gärtnerei | noch offen |
| • Baurechtszins Areal Kirchacker | ≈ .06 Mio./a |

Die Kosten sind nicht unerheblich. Ich bitte Sie aber zu beachten, dass wie so oder so Investitionen im Bereich Verwaltungsgebäude machen müssen. Das Feuerwehrzentrum ist auch nicht mehr so gut und so oder so müssen wir im Bereich Schulhaus Kirchacker etwas unternehmen. Wenn wir die Gärtnerei verlegen könnten zugleich mit dem Werkhof, dann könnten wir das Areal, wo die Gärtnerei heute ist, verkaufen. Was dort der Erlös ist, müssen wir noch genauer anschauen, aber es wird sicher ein erheblicher Betrag sein. Der Baurechtszins haben wir in der Vorlage mal mit Fr. 60'000.00 geschätzt. Das schauen wir als mehr oder weniger realistisch an und entspricht auch in etwa der Verzinsung mit 4 % bis knapp 5 % mit den Beträgen, die Sie im Finanzplan drinnen haben.



Es ist klar, wenn Sie dann die Vorlage bekommen über die einzelnen Projekte bzw. Teile, dann werden wir nochmals im Detail die Kosten und Einnahmen im Detail aufzeigen müssen. Wir müssen dazu noch intensive Abklärungen machen. Namentlich auch im Bereich der Steuern. Also wenn wir ca. 45 Wohnungen haben, dann können wir sicherlich wieder mit gewissen Beträgen rechnen. Steuereinnahmen, die auch in der Gemeinde anfallen und das ist natürlich das, was ER Felix Tenger (FDP) beim Finanzplan vermisst hat. Wir waren einfach etwas vorsichtig mit Blick auf die Reform der Unternehmenssteuern.

Den Terminplan finden Sie auf Seite 8. Wie soll es dann weitergehen? Wir haben bereits eine Jury angefragt und auch mit möglichen Investoren und Nutzern gesprochen. Wir haben da bereits schriftliche Zusagen, dass man da mitmachen möchte und die Details sind zurzeit im Gespräch mit den verschiedenen Beteiligten. Wichtig ist auch die gemeinderätliche Kommission, die noch im Detail informiert ist, wer genau sich da auch seitens der Investoren und Nutzer interessiert. Wir hoffen natürlich auch, dass die gemeinderätliche Kommission uns Hinweise gibt, ob wir auch wg. Massen, Volumen, Platzierungen auf dem richtigen Weg sind. Ob wir wirklich auch an alles gedacht haben. Da sind wir dann sehr froh über den Austausch mit dieser gemeinderätlichen Kommission. Ich bitte Sie auf dieser Vorlage einzutreten und bin gespannt auf Ihre Fragen und die Diskussion. Besten Dank.

Eintretensdebatte:

ER Peter Gloor (SP)

Nach den ausführlichen Worten von unserem Gemeindepräsidenten habe ich mein Votum fast vergessen. Wir werden dem Projektierungskredit für die Neunutzung des Areals Kirchacker zustimmen, mehrheitlich, vielleicht jetzt auch alle. Eine nachhaltige Aufwertung und Neugestaltung des Teilgebietes in der Kernzone ist angebracht. Die Entflechtung der Mitbenutzer ist von uns aus gesehen sinnvoll. Einige möchten das Kirchackerschulhaus nur umnutzen und nicht umstossen. Das wird in der Vorlage aber unter Punkt 3.3.3.1 sachlich aufgezeigt und sollte nicht Ausschlag gebend sein für den Projektierungskredit. Ein sehr sportlicher Zeitplan - das sehen wir in der Vorlage – wurde hier aufgestellt. Wir tragen diesen mit unter der Voraussetzung, dass nicht wieder Planer aus dem Ruhestand aufgeboten werden. Die Nutzungsstudie und die städtebauliche Analyse lassen einige Schlüsse zu. Wir sind für Eintreten auf die Vorlage evtl. haben einige Kollegen noch Fragen.

ER Marcel Stettler (CVP)

Die Fraktion der CVP hat diesen Bericht und Antrag studiert und beraten. Mit positivem Eindruck sehen wir, dass im Zentrum weiter gearbeitet wird an der Verdichtung. Die aus dem Projekt Arc Actuel entstandenen Projektstudien werden weiter verfolgt und vorangetrieben. Auch als Mitglied der Kommission durfte ich erfreut feststellen, dass an dieser Studie gearbeitet zur Neuentwicklung und Neunutzung des Zentrums und wie es auch aussehen könnte. Die CVP-Fraktion ist sich auch bewusst dass es mit dem Kirchackerschulhaus und dessen Verwurzelung in der Bevölkerung noch einiges an Überzeugungsarbeit braucht um das Stimmvolk zu überzeugen. Dennoch sind wir der Meinung, dass dieses Projekt weiter vorangetrieben werden muss und dieser Kredit gesprochen werden sollte. Als sehr sportlich sehen wir auch den Zeitplan, es muss vieles in kurzer Zeit umgesetzt und vorangetrieben werden, damit dieser eingehalten werden kann. Ein kleiner Wehrmutstropfen für die Unterlagen ein Farbtupfer in den Plänen wäre für die Übersicht hilfreich gewesen. Die CVP ist für Eintreten und wird dem Antrag zustimmen.



ER Felix Tenger (FDP)

Es ist erfreulich, dass es vorwärts geht. Nach der Neugestaltung des Zentrums kommt jetzt das Gemeindehausgebiet an die Reihe. Wir haben das bereits im Rahmen des Projekts Arc Actuel analysieren können und haben da bereits mal eine Ahnung bekommen, in welche Richtung das gehen könnte. Das Ganze ist ja nicht unproblematisch, weil es im Zentrum ist. Ein relativ sensibler Bereich. Wir finden es einfach wichtig, dass wirklich eine zusammenhängende Planung stattfindet und dass man im Bereich der Verdichtung etwas macht und dass alles aus einem Guss kommt. Das ist für uns zentral. Wichtig für uns und ich denke auch für die Bevölkerung ist aber etwas anderes. Wir wünschen uns wirklich ein Zentrum, in dem man sich auch wohlfühlen kann. Man muss ganz klar sagen das ist der zentrale Platz in Neuhausen und ein wichtiger Begegnungsort. Das sieht man auch immer wieder Freitagabend und auch Samstagmorgen. Da treffen sich die Neuhauser. Auch am Mittwochabend auf dem Platz für Alli am Fest. Von daher gesehen finde ich es wirklich wichtig, dass man da mit der nötigen Sensibilität rangeht. Ich könnte mir auch etwas Ähnliches wie ein Stadtpark mit Grünfläche vorstellen und etwas Wasser, obwohl ich weiss, dass der Gemeinderat und Brunnen nicht immer sehr gut zusammengeht. Es sollte ein Platz entstehen, wo sich die Bevölkerung treffen kann und auch wohlfühlen kann. Der Werkhof ist eigentlich der Punkt, wo ich am meisten Mühe habe und zwar habe ich schon vor einigen Jahren diverse Anfragen gestartet bezüglich der Zusammenlegung mit dem Kanton oder der Stadt Schaffhausen. Dann haben Gespräche stattgefunden ohne Neuhausen, nur Stadt und Kanton. Die machen jetzt was zusammen. Ich finde es schade, wenn wir jetzt im Kanton diskutieren, ein Kanton eine Verwaltung, wenn man nicht mal eine Agglomeration und ein Werkhof machen kann. Ich bin nicht sicher, ob die Putzmaschine das grosse Hindernis darstellt. Die kann man auch irgendwo dezentral hinstellen. Ich finde es gibt hier wirklich viele Synergien, die man nutzen könnte im Bereich Kanton, Stadt und Neuhausen und wenn wir jetzt diesen Werkhof zum Rundbuck verlegen, dann können wir sicher sein, dass die nächsten 20 Jahre keine Diskussion mehr aufkommen wird betreffend einer Zusammenlegung, weil es einfach geografisch zu weit weg ist. Von daher gesehen bitte ich den Gemeinderat, da nochmals über die Bücher zu gehen. Auch zu sehen, ob es nicht irgendwo zentrumsnahe Lösungen gibt. Z.B. SIG Areal, allenfalls rund um den Bahnhof. Das müsste man wirklich ansehen. Schulhaus Kirchacker finden wir gut, dass es vorwärts geht, weil es sich momentan schwierig darstellt. Da muss etwas gemacht werden. Bei den Planunterlagen waren wir uns nicht ganz sicher, ob der Pausenplatz nun mit der Begegnungsstätte zusammengelegt wird, also mit dem Platz für Alli oder ob es einen separaten Pausenplatz gibt. Das wäre für uns wichtig, dass das etwas getrennt ist vom Rest der Bevölkerung. Sonst sind wir grundsätzlich einverstanden und können diesem Planungskredit zustimmen.

ER Lenz Furrer (ÖBS)

Wir sehen diese Vorlage als eine lohnende Gelegenheit auf einmal einiges zu machen. Die Projektstudie kombiniert mit dringenden Notwendigkeiten und wünschbare Möglichkeiten zu einem Gesamtpreis. Es mag sein, dass es bis in die 70er Jahre in Neuhausen noch weit schönere Häuser gab als das Gemeindehaus und das Kirchackerschulhaus. Das vermag aber nicht darüber hinwegzutäuschen, dass der Gedanke, diese Gebäude zu verlieren einigen eine gewisse Wehmut hervorrufen vermag. Darüber wird heute nicht abgestimmt. Darüber können wir dann sprechen, wenn es ein konkretes Projekt gibt. Gemäss dem jetzigen Zeitplan ist das ja auch schon sehr bald. Wir sind sehr gespannt auf die Projekte, die eingereicht werden. Wir werden auf die Vorlage Eintreten und dem Projektierungskredit zustimmen.



ER Willi Josel (SVP)

Es ist bereits einiges erwähnt und gesagt worden. Es bringt nichts, wenn ich das ganze wiederhole. Ich kann das vielleicht auch in Stichworten bringen. Es ist wichtig, dass wir im Innern verdichten, das wissen wir alle. Neubau und Umgestaltungen sind sicher gut. Das Kirchackerschulhaus, gibt denen, die dort in der Schule waren, sicherlich einiges zu denken. Ich möchte aber an die Rabenfluh erinnern. Vor vielen Jahren ging es darum das alte Rabenfluhaltersheim zu renovieren. Da war ich damals auch dafür und dann ist es vom Stimmvolk abgelehnt worden. Wenn man sieht, wie es heute aussieht, dann muss ich sagen, es war falsch, was ich damals gesagt habe und es war gut, dass man ein Neubau gemacht hat, der kommt nun besser an. Ich denke, dass das wichtig ist und auch das Stimmvolk überzeugen sollte. Die Verwaltung zusammenlegen ist sicherlich wichtig. Die Auslagerung des Werkhofs ist sicherlich auch richtig. Ich denke nicht, dass es mit der Stadt Schaffhausen klappen wird. Wichtig ist, dass man Platz frei macht für die Post, Wohnungsraum und Ladenraum. Dass man hier Gewerbe ansiedeln könnte. Heute diskutieren wir ja nicht über das Bauvorhaben an sich, sondern nur über die Projektkosten von Fr. 200'000.00. Damit sind wir einverstanden.

ER Jakob Walter (parteilos)

Ich finde es immer wichtig, dass man sich etwas überlegt und dass sich hier Fachleute überlegen, was man hier machen könnte. Diesem Willen widersetze ich mich nicht! Ich möchte einfach noch ein paar Gedanken einbringen und hoffe, dass diese dann einigermaßen berücksichtigt sind, wenn wir über die Anträge zu beschliessen haben. Wenn der Werkhof in den Rundbuck zieht, das ist eine Möglichkeit, aber ich möchte, dass z.B. die Kartonsammlung hier bleibt. Mir stinkt's, mit einer Tragtasche voll Karton mit dem Velo in den Rundbuck zu fahren und wenn sie doch hier bleibt, dann passt sie vermutlich nicht in die Landschaft! Ich bin einer von vielen Stimmberechtigten hier, aber ich könnte mich vorstellen, dass andere sich auch solche Überlegungen machen werden. Wenn die Bibliothek auch in dieses Gesamtpaket kommt, ist das sicher nicht dumm, aber die Bibliothek hat nun wirklich nicht sehr viel Kontakt mit der Gemeindeverwaltung. Das Kirchackerschulhaus und auch das Gemeindehaus haben einen gewissen Charme – rein äusserlich – und nicht innerlich und wenn man sich vorstellt, die Abstimmung RhyTech, welche die Gemeinde nichts gekostet hätte und nichts erhaltenswürdiges verschwunden wäre, wie knapp diese ausgegangen ist. Eine Abstimmung kann hier sehr kritisch werden. Es geht um viel Geld und bestehenden Gebäude, die vielen Einwohnerinnen und Einwohnern ans Herz gewachsen sind, verschwinden sollen – das muss man sich also sehr gut überlegen! Beim RhyTech hat es nicht so viele Angriffspunkte gegeben, wie ich hier nur so schnell beim durchlesen sehe.

Gemeindepräsident Stephan Rawlyer

Ich danke Ihnen für die sehr gute Aufnahme dieses wirklich grossen Projektes und bin natürlich gespannt auf die konkreten Projekte, die dann kommen werden. Ich fange mit meinen Bemerkungen gleich bei ER Jakob Walter (parteilos) an. Ich gehe auch davon aus, dass die Kartonsammlung hier bleibt. So lustig das nun jetzt tönen darf, aber die Abfallsammlung ist auch ein Frequenzbringer für das Zentrum. Es ist aber eine andere Frage, ob wir weiterhin Baureste hier sammeln, auch Metall muss man nicht unbedingt hier sammeln. Es ist ganz klar, irgendeine Entsorgungsstation wird es geben. So gross ist dann der Aufwand nicht, wenn wir jemanden hier hin setzen. Diese Leute sind meist sogar froh, wenn sie diese Arbeit übernehmen können und das ist meistens auch für uns so, dass wir froh sind, dass sie das gut machen. Bei der Bibliothek war eigentlich der Gedanke im Baureferat und auch der Gemeinderat hat das sympathisch gefunden, dass hier die Idee, die viele amerikanische und nordländische Städte haben, dass man die Bibliothek zu einem Kaffee ausweitet.



Das ist eigentlich die Kernidee dahinter. Dann ist uns natürlich nicht entgangen, dass das Gemeindehaus und das Kirchackerschulhaus durchaus ein Flair haben. Das viele damit vertraut sind. Sie haben das als Charme bezeichnet, was sicher in dieser Richtung hin geht. Identität. Man fühlt sich ja dort wohl, wo etwas vertrautes ist und es ist nicht die Meinung, dass zwingend diese Häuser abgebrochen werden müssen, sondern die Idee ist, dass man im Projektbeschrieb sagt, es ist möglich diese abzureissen. Immerhin ist darauf hinzuweisen, wenn wir das Kirchackerschulhaus erhalten wollen, dann kommen wir vermutlich nicht darum herum, für die Schüler während mehrere Jahre ein Provisorium zu haben. Die werden einen grossen Teil ihrer Primarschulzeit in irgendwelchen Containern verbringen müssen. Das finde ich persönlich auch nicht so gut. Da lassen wir uns überraschen, ob ein Architekt oder ein Architektenteam besser Ideen hat. Das wir diese Abstimmung, wie jede andere Abstimmung noch nicht gewonnen haben, wie jeder andere Abstimmung, das ist mir völlig klar. Wir versuchen ja auch mit der gemeinderätlichen Kommission schon früher die Öffentlichkeit zu integrieren. Wir werden uns auch Gedanken machen, wenn das Projekt dann vorliegt, ob und wie man die Öffentlichkeit noch vermehrt integrieren kann. Gerade das, was eigentlich die Kritiker des RhyTech vorgeworfen haben, dass wir diesen Fehler, wenn es einer war, nicht machen und den Prozess somit noch besser machen. Dann zu den Objektsteuern, wie die SVP erwähnt hat. Im Gemeinderat gibt es meines Wissens keine weiteren Überlegungen zur Objektsteuer sondern nur für das Schulhaus Kirchacker, diese 2 %. Das sollte eigentlich auch ausreichen. Die ÖBS hat ebenfalls auf den Charme dieses Gebäudes hingewiesen. Ich denke das neue Projekt, muss eine solch hohe Qualität haben, dass eben auch die Stimmbevölkerung damit leben kann. Das darf dann nicht ein ganz knapper Juryentscheid sein und da müssen wir wirklich auch den Rat der gemeinderätlichen Kommission einholen, die Gelegenheit haben wird vor dem Entscheid der Jury nochmals zu äussern. Ein gewisses Verständnis habe ich für die FDP ich muss Ihnen aber sagen, ich habe versucht es Ihnen aufzuzeigen, Neuhausen am Rheinfall hat intensiv mit Kanton und Stadt Schaffhausen über das Thema Werkhof Schweizersbild mitgearbeitet. Wir haben uns dort auch eingebracht. Ich kann ER Felix Tenger (FDP) gerne die Pläne zeigen, wo die Büros von Neuhausen eingezeichnet sind. Das ist kein Problem, aber es hat sich einfach gezeigt, dass es nicht möglich ist und vor allem nicht sinnvoll ist. Ich muss Ihnen auch ganz ehrlich gestehen, ich weiss eigentlich nicht momentan auf dem SIG Areal wo wir dort einen Werkhof machen sollten. Ich schaue eigentlich das SIG Areal immer noch als die Zukunftschance für Neuhausen am Rheinfall an. Diese 120'000 m2 sollten wir nicht mit einem Werkhof verstellen. Das finde ich schade. Die SIG gemeinnützige Stiftung wäre nicht so weit. Das geht nicht und rund um den Bahnhof, da muss ich ehrlich sagen, ist mir etwas zu wage. Ich weiss eigentlich nicht, wo man sich das vorstellen könnte einen Werkhof hinzubauen. Die ganze Situation haldenwärts Richtung Rhein dort sind wir praktisch direkt am Rheinufer und wenn ich nördlich schaue, dann sehe ich auch kein Areal, das genügend gross wäre. Ich wüsste dort beim besten Willen nicht, wo so etwas möglich ist. Dass es die nötige Sensibilität braucht ist absolut richtig. Die Wasser- und Grünflächen haben Sie erwähnt. Bereits in der Jury wird Frau Ilien dabei sein, eigentlich die führende Gartenarchitektin in der Schweiz. Sie hat zugesagt, weil sie die Aufgabe extrem spannend findet hier etwas zu machen. Dann hat die CVP bemängelt, dass die Pläne nicht farbig waren. Da muss ich ganz offen sagen, das war Absicht. Wir wollten vermeiden, dass Sie den Eindruck haben, das wird einmal so gebaut werden. Das ist eine reine Studie zum überprüfen, welche Flächen vorhanden sind zum Katalog, den wir haben. Auch bei meiner Präsentation können Sie auf den Plänen nämlich kaum etwas lesen. Es war nur der Nachweis für Sie, man kann das alles unterbringen. Wo und wie das passiert ist noch völlig offen. Klar ist z.B. für mich auch, dass der Platz für Alli vom Spielplatz getrennt werden muss. Bei der SP muss ich eine qualifizierte Antwort geben. Sie haben gesagt, es soll niemand pensioniertes drinnen sein. Es wird niemand pensioniertes drinnen sein aus dem Kanton Schaffhausen. Wir haben aber Dr. Felix Schuhmacher, den pensionierten Stadtbaumeister der Stadt Basel motivieren können, hier mitzumachen. Der ist wirklich der Fachmann und im Städtebau sehr kritisch z.B. gegenüber der Novartis Hochhaus aber positiv gegenüber dem Hochhaus Claraplatz. Das ist ein Mann der wirklich auch an der Wissenschaft gelehrt hat. Dem würde ich es eigentlich zutrauen, dass er es in Neuhausen schafft. Nochmals besten Dank für Ihre Voten. Ich glaube so haben wir wirklich die



Chance mit einem mutigen Schritt, das ist sich der Gemeinderat voll bewusst, für Neuhausen etwas Positives zu machen.

ER-Präsident Marco Torsello (FDP)

Eintreten ist unbestritten. Wir beraten nun den Bericht durch.

Detailberatung:

ER Thomas Theiler (CVP)

Seite 6:

Im ersten Abschnitt steht: „... sieht eine Tiefgarage vor, die die heute vorhandenen Parkplätze vollumfänglich ersetzen soll.“

Welche Parkplätze sind damit gemeint? Nur die auf dem Platz für Alli oder alle anderen auch noch?

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Es sind die 67 Parkplätze die rund um den Platz für alle sind. Die an der Zentralstrasse bleiben aber z.B. die an der Rhyfalle könnten evtl. auch wegfallen. Je nach Projekt.

ER Peter Schmid (SVP)

Seite 8:

Ich weiss, dass wir nur über diesen Projektierungskredit abstimmen und doch habe ich eine organisatorische Frage. Während dieser Bauzeit Sommer 2016 bis Herbst 2018, ein bisschen mehr als 2 Jahre, wird da irgendwo ein Container aufgestellt? Wo sind alle die Mitarbeiter der Zentralverwaltung, des Gemeindehauses, wo gehen alle die Schulklassen hin? Ist das in den Kosten bereits berücksichtigt oder kommt da noch etwas auf uns zu?

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Das ist ein Teil, den die Architekten aufzeigen müssen, wie können sie ihr Projekt so etablieren, dass wir möglichst keine Container brauchen resp. uns nicht fremd einmieten müssen. Ich denke jetzt laut: Eine Möglichkeit wäre, dass man anfängt mit dem Schulhaus. Dann wird das Kirchacker frei und unsere Verwaltung könnte dort hinein. Das Gemeindehaus wegnehmen. Tiefgarage 1. Etappe und dann den Teil mit den Wohnungen und der Ladenstrasse, dass wir dort hineingehen für ein bis zwei Jahre und dann 2. Teil Tiefgarage und das Verwaltungsgebäude. Aber das ist genau die Frage, die die Architekten beantworten müssen. Ich bin nicht Architekt, aber ich habe mir das einfach mal überlegt, wie könnte das überhaupt ablaufen, weil die Kosten können wir nur dann einhalten, wenn keine Provisorien entstehen, vor allem für die Schule. Ein Projekt, das den Abbruch des Kirchackers vorsieht und sogleich mit einem Provisorium beginnt, wird einen sehr schweren Stand haben. Wir haben auch vor, wiederum vorzugeben im Wettbewerb, was die Schule und das Verwaltungsgebäude kosten darf. Schön Neudeutsch: Design-Costs werden vorgegeben und danach müssen sich die Architekten richten. Wir wollen keine Architekten haben, die sich hier ein Denkmal setzen. Ich sage immer etwas böse, gute Architekten brauchen keine teure Architektur!



Antrag:

Für die teilweise Neunutzung des Areals Kirchacker wird ein Projektierungskredit von Fr. 200'000.00 bewilligt.

Der Antrag wird mit 17 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 4 Bericht und Antrag betreffend Neubau BHKW ARA Röti

Eintretensdebatte:

ER Renzo Loiudice (SP)

Um es vorweg zu nehmen, die Vorlage kam uns ehrlich gesagt wie ein „Müssen“ vor und nicht wie ein „Dürfen“, aber es ist einfach so, es bedarf nur der Zustimmung von drei Verbandsgemeinden, jedenfalls aber der Stadt Schaffhausen. Das steht in Artikel 15 knapp beschrieben und trifft ja absolut ein. Natürlich ist uns rechtlich dargelegt, dass der zu bewilligende Betrag nicht gebunden ist. Theoretisch könnten wir Nein stimmen, aber zahlen müssen wir es schlussendlich trotzdem. Lesen Sie mal die Vereinbarung des Gemeindeverbandes für die gemeinsame Abwasser- und Kehrrechtbeseitigung durch. Ich möchte mein Wort „Müssen“ etwas relativieren. Aus unserer Sicht handelt es sich hierbei um ein gutes Vorhaben. Recherchiert man diverse technische Berichte über solche Vorhaben, können sich mit einem Block-Heiz-Kraftwerk ganz interessante Wirkungsgrade erzielen. Der wirtschaftliche und ökologische Grundgedanke dieser Blockheizkraftwerks liegt ja darin, erzeugte Wärme vollständig und möglichst auch den Strom vor Ort zu nutzen. Ebenfalls erreicht ein Blockheizkraftwerk einen insgesamt höheren Nutzungsgrad gegenüber dem herkömmlichen Mischbetrieb aus lokaler Heizung und zentraler Stromversorgung, also so wie es bisher war.

Wir würden gerne vom Gemeinderat folgende Fragen beantwortet haben:

- Lässt sich aus dem Vorhaben bereits ein Nutzungsgrad herleiten?
- Ist das ganze Vorhaben wirklich auch „rentabel“?
- Wie sind schlussendlich die Auswirkungen auf die Verbandsrechnung?

Die Fraktion der SP ist für Eintreten und wird dem Antrag zustimmen.

ER Arnold Isliker (SVP)

Es ist sinnvoll, dass wir diese Energie dort nutzen, aber ich hätte noch eine Frage an den Gemeinderat. Warum hat die Kommission beschlossen, den Vertrag mit der IVF nicht zu verlängern? Wir sind eigentlich nur noch Kopfnicker wie bei den Verkehrsbetrieben. Was gelegentlich bei Gelegenheit geändert werden müsste, dass wir auch mal Mitspracherechte haben. Was uns aber interessieren würde. Wer bezahlt den Abbruch und die Entsorgung des Gasspeichers sowie deren Altlasten und in welchem Zeitraum dies geschehen soll? Wir müssen den Mahnfinger wohl nicht mehr erheben im Hinblick auf die Investitionskosten des Blockheizkraftwerkes. Die KBA spricht BHKW, welche fast gleich tönt, sollte uns ein Mahnmal sein. Wir hoffen, dass die Anlage kein Pilotprojekt sein wird, steht doch eine solche Anlage in der ARA Hallau, welche bestens funktioniert und auch dementsprechend Gewinn abwirft. Die SVP ist für Eintreten auf dieses Geschäft, obwohl wir nichts mehr sagen können, sondern nur noch zustimmen.

ER Walter Herrmann (FDP)

Den Bericht und Antrag betreffend Neubau Blockheizkraftwerk ARA Röti haben wir in der FDP Fraktion zur Kenntnis genommen. Es ist sinnvoll, dass das Klärgas vor Ort in Energie umgewandelt wird, nachdem die IVF Hartmann AG als Abnehmerin wegfällt. Als Vertragsgemeinde und Energiestadt würden wir uns schlecht darstellen, wenn wir mit einer negativen Entscheidung im Abseits stehen. Wir nehmen einmal an, es handle sich bei diesem Blockheizkraftwerk nicht um eine Pionieranlage wie bei der KBA Hard, sondern um etwas Konventionelles, Bewährtes. Es interessieren uns noch die Fragen zu den Betriebskosten. Denkt man an eine Amortisation, oder



fährt uns das Kraftwerk gar einen Gewinn ein. Die FDP ist für Eintreten und wird dem Antrag zustimmen.

ER Thomas Theiler (CVP)

Die CVP-Fraktion hat die Vorlage durchgeschaut und wird diese später sicher zustimmen. Die Fraktion ist der Meinung, dass es Sinn macht, nach dem Wegfall der IVF Hartmann AG als Kunde das anfallende Klärgas gleich am Entstehungsort zur Stromproduktion zu nutzen. Da der Bericht und Antrag zu diesem Geschäft sehr mager ausfiel hätten wir doch noch gerne gewusst, wie hoch der materielle oder der finanzielle Nutzen für die Gemeinde Neuhausen bei dieser Investition sein wird?

ER Urs Hinnen (ÖBS)

Wir von der ÖBS sagen uns, dass es hier keine grosse Rolle mehr spielt, was wir hier beschliessen heute Abend. Die Würfel sind bereits gefallen. Ich bin auch der Meinung, dass ist eine äusserst knappe Information, die wir im Bericht erhalten und es war schwierig etwas mehr herauszubringen. Ich habe im Internet noch geschaut, obwohl sich ja schon verschiedene Gemeinden dazu geäussert haben und entschieden haben, bin ich nicht fündig geworden. Ich habe einzig einen Bericht gefunden für das Bundesamt für Umwelt aus 2012. Da geht es um die Frage der Energieeffizienz und um die Energieproduktion bei ARA's. Dabei wird auch die ARA Röti lobend erwähnt, was man dort für eine Lösung gefunden hat und dass man das Gas nicht abfackeln muss, wenn die IVF Pause macht bei Ferien und grundsätzlich wird auch darauf hingewiesen, dass das in einem grossen Blockheizkraftwerk vollständig verstromt wird und womit man einen höheren elektrischen Wirkungsgrad erreicht und die Abwärme über das ganze Jahr praktisch vollständig genutzt werden kann. Ich frage mich, also gibt es ein Blockheizkraftwerk ob wir so ein BHKW überhaupt wollen. Das ist für mich unklar. Es wird ein altes abgerissen und ein neues erstellt? Oder was ist da los? Wir sind auch nicht informiert über die Investitionskosten? Warum braucht es ein neues? Gibt es zusätzliches Einsparpotential für elektrischen Strom? Wie gross ist die Energieproduktion? Es ist unangenehm, wenn man sich über so etwas äussern muss ohne entsprechende Hintergrundinformationen zu haben. Ich denke aber, es wird sicher soweit kommen, dass auch wir diesem Antrag zustimmen können.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Ich habe mir schon im Vorfeld des heutigen Abends ausgedacht, dass Sie nicht in Begeisterungstürme ausbrechen werden über diese Vorlage. Sie ist knapp ausgefallen und zwar mit Blick darauf, dass es tatsächlich so ist, dass sie eigentlich noch Bellen können aber nicht mehr. Die gesamten Investitionen sind auf Seite 1 erwähnt, das sind knapp Fr. 970'000.00. Es gibt bereits jetzt ein Blockheizkraftwerk. Das gehört der IVF Hartmann AG und das hat das Ende seiner Lebensdauer erreicht und muss ersetzt werden. In dieser Situation hat man mit der IVF Hartmann AG Kontakt aufgenommen, hat verschiedene Varianten geprüft und die Verwaltungskommission ist nach intensiven Diskussionen zum Ergebnis gekommen, dass ein Angebot der Städtischen Werke unschlagbar gut sei. Ich hoffe, dass dem so ist, dass das stimmt und auch auf Dauer so stimmt. Die IVF Hartmann AG ist eigentlich ein verlässlicher Partner seit vielen Jahren gewesen und das war nicht einfach, die Zugpferde zu wechseln. Die Kommission hat aber den Entscheid gefällt, dass man zu den Städtischen Werken geht und die zahlen wirklich einen sehr sehr hohen Preis. Es wird sich zeigen, ob sie das über die gesamte Lebensdauer des Blockheizkraftwerkes zahlen werden oder nicht. Keine Angaben kann ich Ihnen machen zu all den technischen Fragen. Es ist völlig unmöglich für mich, ohne dass ich vorbereitet bin seitens der Fraktionen, über Wirkungsgrad, Leistung in Kilowatt. Das ist unmöglich. Das hätte ich wirklich wissen müssen. Ich bitte Sie, dazu eine kleine



Anfrage zu stellen und dann können wir es abklären. Das ist überhaupt kein Problem. Was wir auch geprüft haben, ob wir das Blockheizkraftwerk von der KBA Hard in die Röti nehmen können. Das geht nicht, weil das von der Hard ist viel grösser und stärker. Es würde dann nicht im optimalen Bereich funktionieren. Richtig ist, dass man alles versucht hat zu machen, dass wir das Gas nicht abfackeln müssen. Ganz ausschliessen kann ich das nicht. Wenn nämlich die Anlage IVF Hartmann AG ausfällt, dann werden wir das Gas abfackeln müssen, bis das neue Blockheizkraftwerk installiert ist. Ich hoffe aber nicht, dass es dazu kommen wird. Ob es rentiert? Die Berechnungen auf dem Papier haben gezeigt, dass es rentiert, wenn die Zahlungen der Städtischen Werke tatsächlich in dieser Höhe auf die ganze Dauer kommen. Ich hoffe, dass das der Fall sein wird. Die IVF Hartmann AG hat uns weniger angeboten, doch der Ertrag wäre dann über die ganze Zeit gesichert gewesen. Weil die IVF Hartmann AG die Wärme immer braucht für die Sterilisation der Produkte. Sie heizt nicht nur damit, sondern braucht es im Prozess und hat auch Strom damit erzeugt. Ich hoffe, dass wir jetzt eine gute Lösung gefunden haben. Wie es bereits ER Arnold Isliker (SVP) gesagt hat. Es handelt sich hier nicht um ein Pionierprojekt. Es gibt diverse Abwasserreinigungsanlagen, die auch so funktionieren. Schauen wir mal, wie das weitergeht. Die Verwaltungskommission hat sich so entschieden. Die Frage noch zum Abbruch des Gaskessels. Da kann ich Ihnen sagen, dass Sie im Verlaufe des nächsten Monates einen Bericht zur Kenntnisnahme bekommen werden bezüglich dieses Gaskessels und dort werden Sie sehen, wie hoch die Kosten sind. Dort sind die Abbruchkosten noch nicht erwähnt, denn diese müssen wir tragen. Der Gaskessel gehört uns. Das ist ein Relikt des früheren Neuhauser Gaswerkes. Das sind noch die letzten Überreste. Der Boden ist belastet mit kohlenstoffhaltigen Stoffen, CO₂, COX, diverse Sachen. Auf der anderen Strassenseite wo gebaut wurde kam eine etwa 10 cm schwarze Schicht hervor. Das ist vor allem das Schweröl, das für die Schmierung des Gaskessels notwendig war. Das ist offenbar in den Boden gesickert. Das müssen wir wieder rausholen. Das ist die Aufgabe der Gemeinde, dass wir das wieder in einen einwandfreien Zustand herstellen. Ich denke, das kostet nicht die Welt. Das müssen wir dann entsorgen und dann können wir wieder etwas machen mit diesem Grundstück und dafür interessiert sich bereits die IVF Hartmann AG.

ER-Präsident Marco Torsello (FDP)

Eintreten ist unbestritten, somit beraten wir diesen kurzen Bericht noch durch.

Detailberatung:

ER Felix Tenger (FDP)

Seite 1:

Eine kurze Bemerkung auch zum Kommentar von Gemeindepräsidenten. So wie ich das jetzt interpretiere hat die IVF Hartmann AG offenbar ein gutes Angebot eingereicht und wurde durch ein Lockvogelangebot der Städtischen Werke ausgetobt und da muss man wissen, dass in der Verwaltungskommission die Stadt Schaffhausen die Mehrheit hat. Also sie hat sich also selbst wieder einen Auftrag zugeschanzt. Ich spüre da auch eine gewisse Skepsis des Gemeinderates gegenüber dieser Lösung, die jetzt präsentiert wird, die durch den Mehrheitsentscheid der Stadt Schaffhausen zustande gekommen ist. Ich frage mich einfach, ob diese Lösung auch für Neuhausen gut ist oder ob die Lösung IVF Hartmann AG besser gewesen wäre? Ich muss sagen, obwohl es nichts mehr nützt, überlege ich mir, ob ich diesem Antrag zustimmen soll?



Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Es haben alle 4 Verbandsgemeinden je 3 Stimmen. Es ist aber natürlich klar, dass die Stadt Schaffhausen eine faktische Mehrheit hat. Sie trägt 70 % der Kosten. Ich bitte Sie aber auch sich in Erinnerung zu rufen, dass es nicht entscheidend ist bezüglich dieses Blockheizkraftwerkes. Wir sprechen von grösseren Anlagen die hervorragend funktionieren, die ARA Röti, seit der Sanierung. Wir haben ein Interesse an der Pflumm Sonderdeponie, die funktioniert auch sehr gut. Wirft sogar – zu meiner Überraschung – Geld ab. Ein schwieriges Thema ist die KBA Hard. Ich denke, da wird sich der Rat dann noch damit beschäftigen müssen. Ich bitte Sie einfach das Ganze im Blick zu behalten. Wir sind hier in einem guten Zweckverband und ich denke, Sie können auch so einen Entscheid gut mittragen. Das macht auch der Gemeinderat.

ER Arnold Isliker (SVP)

Die meisten Fragen hat ER Felix Tenger (FDP) mir schon vorweggenommen. Es steht aber doch noch ein Nebengeschmack im Haus. Wir sind eigentlich nur Zahler und können nichts mehr dazu beitragen. Dass wir hier einen solch guten Kunden, den wir bis jetzt mit der IVF Hartmann AG gehabt haben, einfach ausboten, indem die Stadt sagen kann wir bieten mehr. Die Pflumm wirft leider Gewinn ab. Wenn sie keinen Gewinn abgeworfen hätte, dann hätte es kein Geld für die KBA Hard gegeben und dann wäre der ganze Schlamassel früher ans Tageslicht gekommen. Dann würde man heute wahrscheinlich etwas besser dastehen.

ER Jakob Walter (parteilos)

Es muss sich jeder von uns irgendwann überlegen, ob er das grosse Lied der Zusammenarbeit egal mit Stadt oder Kanton singen und dann muss man selbstverständlich in Kauf nehmen, dass wir nicht mehr selbständig entscheiden können oder auf Selbständigkeit pochen und dann müssen wir für alles selber schauen.

Gemeinderat Dino Tamagni

Ich gebe Ihnen auch noch zu bedenken, dass diese Vereinbarung ursprünglich mal von einem Rat gutgeheissen wurde betreffend die Zusammenarbeit und zwar vom Einwohnerrat und da wurde auch eine Abstimmung durchgeführt und die Mehrheit hat da zugestimmt. Man hat damals genau gewusst auf was man sich da einlässt, wenn man einen grösseren Partner hat, der auch die grösseren finanziellen Risiken trägt.

Antrag:

Für den vom Kläranlage-Verband vorgesehenen Bau eines Blockheizkraftwerks auf dem Areal der Kläranlage Röti werden Fr. 168'924.00 bewilligt.

Der Antrag wird mit 16 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 5 Postulat Walter Herrmann (FDP): Der Gemeinderat wird verpflichtet, dem Einwohnerrat einen Bericht und Antrag zu einer angemessenen Reduktion der Gemeindebeihilfe vorzulegen

Begründung:

ER Walter Herrmann (FDP)

Vorweg, sollte das Postulat überwiesen werden, verlangen wir eine dringliche Behandlung, wenn möglich rückwirkend auf den 1. Januar 2014.

Im Postulat steht eigentlich schon alles, möchte aber noch einige Dinge klarstellen. Bei der Abstimmung um die Aufhebung der Gemeindebeihilfe sind wir mit einem denkbar knappen Resultat unterlegen. Es wird uns deshalb vorgeworfen, wir hätten ein schlechtes Demokratieverständnis, dass wir nun mit einem Postulat den Volkswillen umstossen wollen.

Doch warum dieses Postulat?

An der Budgetdebatte im Herbst erklärte uns die Sozialreferentin, dass die Gemeinde Neuhausen die Massstäbe der Sozialhilfe sehr hoch ansetze und eine der restriktivsten sei. Zu dieser Aussage passt einfach nicht, dass wir nebst Schaffhausen die einzigen sind, die diesen alten Zopf der Wintermantelzulage noch kennen.

Ebenfalls befremdet uns, dass der Gemeinderat nicht selber mit einer Botschaft gekommen ist. So blieb uns nur der Weg, über ein Postulat aktiv zu werden.

Die Gemeinde Neuhausen hat nicht genug Geld, wie es im Abstimmungskampf suggeriert wurde. Die Steuererhöhung zeigt uns, dem ist nicht so.

Wo versickern die geschätzten Mehreinnahmen von etwa Fr. 180'000.00. Sicher nicht in die Infrastruktur, die wir zwangsläufig vernachlässigen. Um dennoch das Nötigste zu machen, herrscht in allen übrigen Departementen höchster Spardruck.

Die Ausgaben der Sozialen Wohlfahrt hingegen steigen und steigen wie uns der Finanzplan aufzeigt. Zugegeben, viele dieser Ausgaben sind uns vom Bund und Kanton aufgezwungen.

Somit bleibt uns nur noch der Einfluss, der auf Gemeindeebene generierten Unkosten. Letztes Beispiel wo der Einwohnerrat korrigierend eingreifen musste war, die versuchte Aufstockung der Stellenprozente wegen lächerlichen 80 Überstunden, die ein Stellenleiter offenbar nicht zu händeln im Stande ist.

Wahrlich, wir müssen Entscheidungen fällen, mit denen man keine Goldmedaillen gewinnen kann, die aber dennoch gefällt werden müssen, wollen wir die Kontrolle über unsere Gemeindefinanzen nicht verlieren.

Stellungnahme:

Gemeinderätin Franziska Brenn

Ich möchte mich nicht gross zur Gemeindebeihilfe bzw. zum Inhalt der Gemeindebeihilfe äussern. Ich denke, das haben wir im vergangenen Jahr getan und werden wir dann wieder tun, wenn die Vorlage kommt. Ich möchte vorwegnehmen. Der Gemeinderat ist für entgegennehmen des Postulates. Ich möchte aber doch noch einiges beifügen. Einige Bemerkungen machen. Auch zum Inhalt der Begründung. Die Situation über die Finanzen der Gemeinde sei im Vorfeld nicht bekannt gewesen, das stimmt nicht. Im letzten Juni war die Abstimmung der Krankenkassen oder schon vorher im September 2012. Auf alle Fälle wusste man das bereits, was auf uns zukommt. Die Rechnung 2012 wurde besprochen. Man sah es und es war auch in allen Medien. Es war klar, dass



die Sozialhilfeausgaben in allen Städten steigen. Das ist nicht ein Neuhauser Ereignis und da verschiedene Konten gegeneinander auszuspielen geht auch nicht. Wenn man bedenkt, wie hoch unser Gesamtvolumen ist, dann ist das sicher zu kurz begriffen. Wo das versickert, da möchte ich ER Walter Herrmann (FDP) zitieren: „er hat von einer Person erzählt, die Ergänzungsleistungen bekommt und bei Ihm die Prothese machen lässt.“ Ich denke, das ist das beste Beispiel dafür, dass das Geld eben nicht versickert, sondern dass jemand daran verdient und das Geld dann auch versteuert. Es wird auch gesagt, der Gemeinderat hat in seiner ursprünglichen Vorlage den Weg dazu gezeigt. Das ist richtig, wir haben eine ausführliche Vorlage gebracht. Der grosse Teil Ihrer Partei waren dagegen und dass Sie dagegen waren, da müssen Sie dann auch konsequent sein und wenn Sie verlieren, dann muss man das auch akzeptieren, aber Sie waren ja gegen diese Vorlage, die wir hervorgebracht haben. Was ich auch noch sagen möchte und sehr wichtig finde. Es handelt sich bei den Empfängerinnen und Empfänger der Gemeindebeihilfe nicht um Sozialbezüger. Das möchte ich unbedingt hier festhalten. Es handelt sich um Rentnerinnen und Rentner, die während vielen Jahren in unserer Gemeinde wohnten und in unserer Gemeinde Steuern bezahlt haben.

Diskussion:

ER Lenz Furrer (ÖBS)

Ich möchte den Unterzeichnern dieses Postulats ja nicht unterstellen, sie seien schlechte Abstimmungsverlierer, die ein Volks-Nein nicht verdauen können. Es wäre bestimmt auch fehl am Platz, an das Märchen vom Fischer und seiner Frau zu erinnern, die vom Butt zu viel fordert und am Schluss gar nichts hat. „Nein, eine Reduktion ist uns nicht genug, wir wollen die Gemeindebeihilfe gleich ganz abschaffen!“, und dann: „Also, dann wollen wir halt doch eine Reduktion.“

Nein, dieser Vergleich greift zu kurz. Vielmehr sind offenbar neue Erkenntnisse vorhanden, die uns diesen Déjà-vu-Effekt bescheren. „Im Vorfeld der Abstimmung wurde die Dramatik der Lage unserer Gemeindefinanzen entweder negiert oder ausgeklammert“, heisst es im Postulat. Man müsste ergänzen: auch in der Budget-Debatte wurde die dramatische Lage der Gemeindefinanzen verharmlost; eine Steuererhöhung sei nicht nötig, hiess es, man könne noch zuwarten und schauen.

Was ist denn nun der Vorschlag, um der angeblich dramatischen finanziellen Lage der Gemeinde zu begegnen? Es gibt nur einen einzigen: Die Gemeindebeihilfe soll gekürzt werden! Sparen auf dem Buckel derer, die am Wenigsten haben. Natürlich, es ist ein freiwilliger Beitrag der Gemeinde, der nicht existenziell für die Empfänger ist. Und wenn die Lage wirklich ernst ist, dann muss man überall schauen, auch hier. Aber es wurde ja nicht überall geschaut! Nur hier. An der Budgetsitzung gab es keinen einzigen Sparantrag für das – zugegebenermaßen schon ziemlich straff geschnürte – Budget 2014. Im Postulat heisst es, die Reduktion sei „auch ein Beitrag [...] an die Sparbemühungen.“ Wieso „auch“? Wo sind die anderen Sparbemühungen? In Gossau SG hat sich das Stadtparlament an der letzten Sitzung im 2013 die Sitzungsgelder gekürzt. Stellen Sie sich vor, wenn wir in diesem Rat die Sitzungsgelder halbierten, könnten wir glatt ein Steuerpromille sparen. Aber nein, in Neuhausen sollen nur die Empfänger der Gemeindebeihilfe sparen. Die FDP stemmte sich sogar noch gegen die Steuererhöhung. Da hiess es noch: „Nein-nein, so ernst ist die Lage noch nicht.“ Nachträglich wird die Steuererhöhung um einen Prozentpunkt nun doch noch als notwendig bezeichnet. Ist das jetzt eine späte Einsicht? Oder wird hier einfach die Finanzlage der Gemeinde je nach Bedarf mal als ruhig, mal als dramatisch hingestellt?

Die ÖBS stellt sich gegen die Überweisung dieses Postulats. Wir sperren uns nicht gegen Sparmassnahmen, wenn diese nötig sind. Aber wenn eine Steuererhöhung von einem Prozentpunkt im „Streubereich“ liegt, dann tut das auch die Gemeindebeihilfe.



ER August Hafner (SP)

Nach der schlechten Tat, beschäftigt die FDP den Rat.

Ich beginne mit der schlechten Tat. Unter massgeblicher Beteiligung des Postulanten ER Walter Hermann hat die FDP im Verein mit der SVP und der CVP in der Einwohnerratssitzung vom 4. Juli 2013 die Sparvorlage des Gemeinderates, die auf eine Kürzung der Wintermantelzulage abzielte, versenkt. In einem Anflug von massloser Überheblichkeit und Kraftmeierei wurde bürgerliche Handlungsfähigkeit bewiesen und gleich die ganze Gemeindebeihilfe für die ärmsten AHV- und IV-Rentnerinnen und -rentner kurz und schnurz weggeputzt. Diese üble Tat provozierte das Referendum der SP und der ÖBS. Vor der Abstimmung versuchten FDP, SVP und die auch so christliche CVP dem Stimmvolk mit Plakaten, Flugblättern und Inseraten - also mit einem beträchtlichen Webeaufwand - weiszumachen, die Neuhauser Finanzlage sei derart desolat, dass selbst den Bedürftigsten freiwillig nichts mehr gegönnt werden könne. Die Zeiten seien hart, und jeder, ob arm oder reich, müsse halt den Gürtel enger schnallen. Dieses bürgerliche Trommelfeuer hat bekanntlich nichts gefruchtet. Am 22. September 2013 haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ihrerseits den kaltherzigen Kraftakt des bürgerlich dominierten Einwohnerrates versenkt.

Im Gegensatz zu FDP, SVP und CVP, die beträchtliche Ressourcen in den Abstimmungskampf investierten, konnten es die SP und die ÖBS ruhig angehen lassen.

Denn schon beim Sammeln der Unterschriften für das Referendum hat sich klar gezeigt, dass selbst bürgerlich denkende Stimmbürger keinerlei Verständnis für den unsozialen Kraftakt ihrer Parteiexponenten zeigten. Es wurde von weiten Kreisen als absolut degoutant empfunden, ausgerechnet auf dem Buckel der Ärmsten zu sparen. Den Referendumparteien genügten deshalb Aufrufe in Leserbriefen und in einigen wenigen Kleininseraten unter dem Motto "Kein Sparen auf dem Buckel der Ärmsten".

Das Verdikt des Stimmvolkes, dass nicht auf dem Buckel der Ärmsten gespart werden darf, ist ER Walter Hermann (FDP) und den drei Mitunterzeichnern seines Postulats offensichtlich völlig egal. Sie haben eine Volksabstimmung verloren, zeigen aber als schlechte Verlierer keinerlei Respekt vor dem Entscheid des Volkes. Das ist nicht nur schlechter Stil, sondern auch zutiefst undemokratisch. Denn in einer Demokratie ist es allgemein und parteiübergreifend üblich, auch einen unliebsamen Volksentscheid zu akzeptieren. Wer das nicht kann, ist ein schlechter Demokrat, sollte sich schämen und nach Weissrussland auswandern.

In der läppischen Begründung des Postulats wird dem Stimmvolk gar unterstellt, es sei sich nicht über die Lage der Gemeindefinanzen im Klaren gewesen und habe deshalb nicht erkannt, dass auch auf dem Buckel der Ärmsten gespart werden müsse. ER Walter Hermann (FDP), der sich offenbar gescheiter fühlt als das Volk, will nun den angeblich blauäugigen Volksentscheid korrigieren und fordert - ich zitiere - "einen Beitrag der Sozialbezüger an die Sparbemühungen aller Einwohner" (Ende Zitat).

Solche Sprüche von einem Einwohnerrat, der nur einen Tag vor dem Schreiben des Postulats in der Budgetsitzung vom 14. November gegen die Anhebung des Steuerfusses um nur gerade 1 % gestimmt hat, sind nicht nur zynisch, sondern zeigen auch, wes Geistes Kind er ist. Selber ist man nicht bereit, sich und seiner betuchten Klientel ein kleines Opfer zuzumuten, schreckt aber nicht davor zurück, das bei sich Gesparte den Ärmsten aus der Tasche zu ziehen. Schäme dich auch dafür!

Im Namen der SP-Fraktion appelliere ich an den demokratischen Anstand der Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte und bitte darum, dieses in jeder Hinsicht unsägliche Postulat abzulehnen und nicht an den Gemeinderat zu überweisen.



ER Peter Schmid (SVP)

Die Fraktion der SVP hat das Postulat der FDP eingehend diskutiert und unterstützt sie. Nachdem der Gemeinderat letztes Jahr eine Kürzung der Gemeindebeihilfe vorgeschlagen hat wollten vor allem die bürgerlichen Parteien zu viel und sind mit der verlangten Aufhebung der ganzen Beihilfe über das Ziel hinausgeschossen. Vielleicht hätten wir damals dem Antrag des Gemeinderates zustimmen sollen. Dann hätten wir wenigstens fast Fr. 50'000.00 eingespart und das Referendum wäre vermutlich nicht ergriffen worden, das ja auch noch etwas gekostet hat. Da wir aber in der momentanen finanziellen Situation, in der sich die Gemeinde befindet unbedingt auch einmal bei solchen Ausgaben sparen müssen, haben wir uns halt für die Aufhebung der ganzen sog. Wintermantelhilfe hinreissen lassen. Was ja von einer Mehrheit des Einwohnerrates auch angenommen wurde. Eigentlich wollten wir ja nur Einsparungen für die Gemeinde erreichen, die auch ein grosser Teil der Stimmbürger gutgeheissen hat und um das Sparen kommen wir halt immer noch nicht herum und unterstützen darum dieses Postulat der FDP.

ER Felix Tenger (FDP)

Ich wollte mich eigentlich in der Eintretensdebatte nicht äussern aber ER August Hafner (SP) hat mich nun etwas provoziert. Er hat offensichtlich die Contenance verloren oder schlecht geschlafen oder offenbar hat er Angst, dass eine wiederholte Abstimmung jetzt mit einem tieferen Ansatz allenfalls durchkommen könnte. Das möchte er offensichtlich auf keinen Fall, dass bei den freiwilligen Beiträgen etwas eingespart werden kann. Ich denke er sieht da wirklich sehr schwarz und weiss und eine differenzierte Betrachtungsweise lässt da wirklich sehr zu wünschen übrig. Das bin ich mir eigentlich von ihm in dieser Form eigentlich nicht gewöhnt. Man lernt ja immer dazu. Üble Tat wird uns vorgeworfen. Ich muss sagen wenn beinahe 50 % für eine komplette Abschaffung der Gemeindebeihilfe sind, dann kann man sicherlich darüber diskutieren, ob man allenfalls einfach den Beitrag reduzieren sollte. Wenn ER August Hafner (SP) das ausblendet, dann ist er einfach auf einem Auge blind, das muss ich ganz ehrlich sagen. Ich denke, wir müssen sparen, da sind wir uns grösstenteils eigentlich einig. Auf jeden Fall auf dieser Ratsseite hier. Wir wollten mehr einsparen als der Gemeinderat. Da hat uns die Bevölkerung zurückgepfiffen. Das akzeptieren wir auch, da sind wir Demokraten genug. Aber über die Höhe kann man ohne weiteres diskutieren, denn wir bezahlen doch hohe Beiträge freiwillig aus. Ich habe vor einigen Wochen in der NZZ einen Artikel gesehen über die Stadt Zürich. Da steht 13'000 bekommen Wintermantelzulage. Da steht dann geschrieben: „Auch in diesem Jahr bekommen in der Stadt Zürich die Rentnerinnen und Rentner eine Einmalzulage. Wie schon in den Vorjahren werden Fr. 300.00 für Alleinstehende und Fr. 450.00 für Ehepaare als sog. Wintermantelzulage ausbezahlt.“ Wir hier in Neuhausen haben Fr. 1'000.00 für Alleinstehende und Fr. 3'500.00 für Ehepaare. Soviel ich weiss haben wir in Neuhausen einen bürgerlichen Gemeinderat und in der Stadt Zürich ist die bürgerliche Fraktion im Stadtrat nicht gerade riesig vertreten. Von daher gesehen muss ich schon sagen, kann man sicherlich über die Höhe dieser Beiträge diskutieren. Wie gesagt, wir sind vom Volk zurückgepfiffen worden, das akzeptieren wir. Eine komplette Abschaffung kommt nicht in Frage, aber es kann sicherlich nochmals über die Höhe dieser Beiträge diskutiert werden. Das müssen wir auch machen. Wir sind hier in einem Parlament, ER August Hafner (SP) und jeder Parlamentarier hat das Recht einen Vorstoss zu machen. Selbstverständlich hat auch jeder Parlamentarier das Recht diesen Vorstoss abzulehnen aber hier mit solchen Kraftausdrücken um sich zu werfen finde ich unanständig.

ER Thomas Theiler (CVP)

Nach dem Gesülze der linken Ratsseite kann sich die CVP dem Votum von ER Felix Tenger (FDP) anschliessen und wird das Postulat unterstützen.



ER Urs Hinnen (ÖBS)

Ich muss schon sagen, dieses Postulat steht völlig quer in der Landschaft. Ich weiss nicht, ob Sie sich ein bisschen für Weltpolitik interessieren, aber es ist ja im Vorfeld des WEF auf die grosse Problematik der Diskrepanz, dieses Auseinandergehen von Arm und Reich, hingewiesen worden. Das grösste Problem besteht darin, dass viele reiche Personen noch reicher werden und dass hier in dem Sinne der Fokus völlig falsch liegt. Das Hauptproblem ist nicht, dass wir hier wenige Franken für die Ärmsten ausgeben, sondern das Hauptproblem liegt darin, dass wir nicht übermässigen Reichtum auf der anderen Seite haben und das ist meiner Meinung nach das allerwichtigste. Es gibt dieses Buch von Hans Kiesling. Es geht darin um Reichtum ohne Leistung. Es ist der Gefahr der Feudalisierung der Schweiz. Hans Kiesling ist ein gelernter Ökonom. Er war Leiter des statistischen Amtes der Stadt Zürich. Das sammelt sich bei wenigen Personen an, die sich immer mehr abheben, immer mehr Reichtum wird gesammelt. Es entsteht ein Adel. Man sieht das auch in China. Es gibt einen roten Adel. Wir haben den Geldadel der immer stärker wird. Das bedroht unsere Gesellschaft massiv. Es ist ja wirklich so, Macht gleich Geld. Also das ist eine Front, die alle von uns erkennen müssten. Wir alle sind Chrampfer, wir leisten etwas und wollen auch etwas dafür erhalten. Es gibt Leute, die arbeiten nichts. Die erben nur und das sammelt sich an. Es ist wichtig, dass die Front für uns eine andere sein müsste. Man muss dafür sorgen, dass die Demokratie, wie sie bei uns besteht, nicht immer noch bedrohter sein sollte. Ich finde es völlig daneben, wieder auf dieser Gemeindebeihilfe aufzubauen. Ich finde es Energieverschwendung, wenn man hier wieder mit diesem Thema kommt und nicht einsieht, dass es viel relevantere Themen gibt, auch hier in der Schweiz.

ER Walter Herrmann (FDP)

Ich wurde ziemlich angegriffen. Das ist auch verständlich, je nach Ansicht, wo man drinnensteckt. Die Zahnbehandlungen, die geleistet wurden, wurden nicht über die Gemeindebeihilfe sondern über die Ergänzungsleistungen abgewickelt. Es ist klar, dass die Gemeindebeihilfe heute eigentlich nicht mehr notwendig ist. Die Gemeindebeihilfe wurde vor den Ergänzungsleistungen eingeführt und ist als alter Zopf geblieben. Entschuldigung, wenn ich das so sage. Mich hat's aber geärgert und erschreckt, wie diese Ergänzungsleistungen zugenommen haben. Ich habe mich nicht unbedingt am Verdienst gefreut. Ich habe sonst genug verdient. Ich gehöre aber nicht zu dieser Klasse, wie vorhin ER Urs Hinnen (ÖBS) aufgezeigt hat. Wir haben ja die Gründe damals aufgezeigt, weil wir die Gemeindebeihilfe so nicht mehr für nötig erachten und das hat sich bis jetzt nicht geändert. Ich habe meiner Frau gesagt, heute wird mir wahrscheinlich böse ans Bein „geseicht“. Ich spende jährlich wirklich mehrere tausend Franken an Institutionen, wo die Leute wirklich kein soziales Netzwerk mehr haben. Die Leute auf der Strasse schlafen und sterben. Ich lasse mir das nicht anhängen, dass ich ein schlechtes Gewissen haben muss, weil ich jetzt die Gemeindebeihilfe reduzieren will. Am liebsten hätte ich sie eingestampft, deshalb habe ich auch unterstützt, dass sie ganz abgeschafft wird. Jetzt gehen wir auf Punkt 1 zurück und versuchen eine neue Botschaft, die eine gewisse Ersparnis oder eine bessere Verteilung dieser Gemeindebeihilfe zu erreichen, aber weit weg vom Giesskannenprinzip.

ER August Hafner (SP)

Ich möchte noch kurz zurückkommen auf das Votum von ER Felix Tenger (FDP). Ich möchte vorausschicken, dass bei mir beide Augen nicht mehr richtig funktionieren sonst würde ich keine Brille tragen. Es hat schon irgendetwas mit Demokratieverständnis zu tun ob man jetzt einfach so das Rad auf Feld 1 zurückdrehen kann. Also mit der gleichen Begründung hätten auch die Verlierer



bei der RhyTech Abstimmung kommen können und sagen, das Volk habe nur die Möglichkeit gehabt zwischen unverändert und 74 Meter abzustimmen. Weil dem so gewesen sei, habe sich zwangsläufig ein Resultat ergeben das nicht dem eigentlichen Volkswillen entspreche. Als Verlierer hätte man dann, natürlich wenn man gleich vorgehen würde wie die FDP, sofort eine Volksmotion einreichen können und sagen, ja jetzt soll doch auch noch über 60 Meter abgestimmt werden. Was hätten Sie da gesagt? Was hätten Sie diesen umtriebigen Verlierern gesagt? Akzeptiert einen Volksentscheid! Das Volk hat darüber abgestimmt – Nicht auf dem Buckel der Ärmsten – das war unser Slogan – gespart werden soll oder nicht! Es hat NEIN gesagt und dann gebietet es eben der demokratische Anstand, das zu akzeptieren. Man kann da anderer Meinung sein, aber dann zweifle ich am demokratischen Willen unliebsamen Entscheid auch zu akzeptieren.

ER Renzo Loiudice (SP)

Wenn wir dann zur Abstimmung zur Überweisung des Postulates kommen, stelle ich den Antrag gemäss Geschäftsordnung Artikel 21 Abs. 3, diese Abstimmung unter Namensaufrufung durchzuführen und dies im Protokoll festzuhalten.

ER Peter Gloor (SP)

Lieber ER Walter Herrmann (FDP), wie haben wir doch die Niederlage vom Velobrückli miteinander getragen, als uns ER Willi Josel (SVP) das eingedrückt hat. Wir haben uns doch hoch erhobenen Hauptes aus dieser Affäre gezogen obwohl wir genau wussten, dass ER Willi Josel (SVP) Fr. 70'000.00 verschenkt. Und jetzt sprechen wir über Fr. 50'000.00. Die Zusammensetzung ist jetzt ein bisschen anders aber ich habe Dich eigentlich immer als Demokrat verstanden und das was das Volk entschieden hat auch akzeptiert hast.

ER Arnold Isliker (SVP)

Lieber Nachbar, wir haben auch mal im Durstgraben abgestimmt wegen einer Lichtblinkanlage und das wurde auch verworfen und jetzt haben wir sie. Da hat sich das Volk auch gefragt! Nur um zu sagen, dass manchmal die Spielregeln etwas anders sind und man auf solchen Sachen zurückkommen sollte und diese auch zu akzeptieren.

ER Rita Flück Hänzi (CVP)

Ich war über das Votum von ER August Hafner (SP) schon etwas schockiert. Diese Austeilungen gegenüber dem Postulant. Ich könnte es begreifen, wenn der Postulant die Gemeindebeihilfe ganz streichen wollte. Um das geht es ja gar nicht! Es geht um eine Reduktion. Das hat der Gemeinderat damals vorgeschlagen und auf das möchte man zurückkommen und auf gar nichts anderes! Es bleibt weiterhin ein Betrag, welcher die Bezüger bekommen es ist einfach eine reduzierte Auszahlung. Das ist alles. Von mir aus könnte man jetzt dann dieses Geschäft abschliessen.

ER Felix Tenger (FDP)

Ich möchte nur noch kurz zum Antrag von ER Renzo Loiudice (SP) zurückkommen. Offensichtlich hast du im Kantonsrat schon etwas gelernt, die Abstimmung unter Namensaufruf. Dort macht es vielleicht auch Sinn, da es dort 60 Personen sind und man nicht immer den Überblick hat, wer Ja oder Nein stimmt. Aber wenn jetzt dieses Prozedere auch im Einwohnerrat Neuhausen Einzug halten



soll, wo man relativ gut sieht, wer wie abstimmt, muss ich schon sagen, finde ich das sehr übertrieben und bürokratisch. Das ist eine Trotzerei.

ER-Präsident Marco Torsello (FDP)

Gemäss Geschäftsordnung müssen mindestens 5 Mitglieder das Begehren haben, das unter Namensaufruf abgestimmt wird!

ER Jakob Walter (parteilos)

In unserer Geschäftsordnung ist das vorgesehen und wenn ein Mittel, das vorgesehen ist angewendet wird, dann ist das kein Grund, dass man hier Schulmeister spielen will!

ER-Präsident Marco Torsello (FDP)

Der Antrag ER Renzo Loiudice (SP) besteht weiterhin.

ER Renzo Loiudice (SP) stellt folgenden Antrag:

Die Abstimmung sei unter Namensaufruf zu erfolgen.

Dieser Antrag wird von 10 Einwohnerräten unterstützt. Somit findet die Abstimmung unter Namensaufruf statt:

Peter Schmid (SVP): Ja
Christian Schwyn (SVP): Ja
Willi Josel (SVP): Ja
Arnold Isliker (SVP): Ja
Felix Tenger (FDP): Ja
Walter Herrmann (FDP): Ja
Marco Torsello (FDP): Ja
Thomas Theiler (CVP): Ja
Rita Flück Hänzi (CVP): Ja
Marcel Stettler (CVP): Ja
Urs Hinnen (ÖBS): Nein
Lenz Furrer (ÖBS): Nein
Peter Gloor (SP): Nein
Renzo Loiudice (SP): Nein
Jakob Walter (parteilos): Nein
August Hafner (SP): Nein
Nil Yilmaz (SP): Nein

Der Einwohnerrat erklärt das Postulat mit 10 : 7 Stimmen als erheblich.

Das Geschäft ist somit vorerst erledigt.



TRAKTANDUM 6 Interpellation Willi Josel (SVP): Revisionen IV-Renten

Ergänzungen:

ER Willi Josel (SVP)

Ich glaube es wird Zeit, jetzt wieder von den Emotionen wegzukommen und uns um die Sache zu kümmern. Worum geht es? Wir alle wissen, dass die Sozialkosten massiv angestiegen sind und auch noch vermutlich massiv ansteigen werden. Ich habe jetzt vor, ein wenig länger zu reden, denn es ist eine wichtige Sache. Ich möchte aber auf Details zurückkommen, deshalb habe ich einen Bundesgerichtsentscheid, damit alle hier einmal wissen, worum es hier geht. Ich kann mich erinnern an der Budgetdebatte, wo ich auch nachgefragt habe, weil von Seiten des Gemeinderates gesagt wurde, dass man beim gewissen Positionen nichts tun kann. Das ist mir klar, die Zahlen sind teilweise gegeben, aber es gibt auch Sachen wo man etwas tun könnte. Ich habe damals gefragt, wie schaut das denn aus, wenn jemand eine IV-Rente erhält und dann vom Arzt bestätigt wird, dass er sagt, das interessiert mich dann nicht, wenn die IV-Rente gekürzt wird bzw. gestrichen wird. Ich sage jetzt, mein Patient ist 100 % arbeitsfähig. Ich habe damals gefragt, was passiert denn eigentlich? Es kann ja nicht sein, dass die IV sagt, dieser Mensch ist arbeitsfähig. Die IV bezahlt nicht und dann sagt man, die IV stellt die Rente ein und dann müssen wir halt die Rente weiterbezahlen, weil der Hausarzt hier sagt, es besteht eine Arbeitsunfähigkeit. Jetzt möchte ich darauf zurückkommen. Was gibt es für Gründe, dass eine IV-Rente nicht bewilligt bzw. nicht zugesagt wird? Es liegt keine Invalidität vor, dann gibt's nichts oder die Invalidität liegt unter 40 %. Man muss dazu sagen, die IV gewährt die Rente so verschachtelt. Wenn Sie sich einen Schrank vorstellen, es gibt eine Schublade bei 40 %, dort gibt es eine viertel Rente. Bei 50 % gibt es eine halbe Rente, bei 60 % gibt es eine dreiviertel Rente und bei 70 % gibt es eine Vollrente. D.h. wenn die Ärzte feststellen man ist unter 40 % arbeitsunfähig, dann liegt zwar eine Invalidität vor, aber es ist keine Rente geschuldet. Für die ersten 40 % gibt es keine Rente. Jetzt komme ich zur Kürzung. Jetzt wird die Rente gekürzt und es wird tatsächlich mehr gekürzt als früher. Das hat damit zu tun, dass eben die Sozialkosten steigen. Jetzt kommt die Frage, weshalb werden die Rente gekürzt und weshalb wird das gemacht? Es kann sein, dass eine andere Einschätzung der medizinischen Bedingungen vorliegt. Es kann sein, eine Anpassung an das Leid, das dazu führt, dass man arbeitsunfähig wird. Der Heilverlauf ist positiv, das kann auch sein oder die Nachbehandlung ist erfolgreich z.B. eine Metallentfernung. Oder es gibt eine neue Heilmethode, die zu einer Verbesserung führt und eine Kürzung gibt es dann auch, wenn sich der Patient weigert eine zumutbare medizinische Behandlung an sich vornehmen zu lassen oder sich nicht um einen Arbeitsplatz kümmert. Nun gibt es einen Unterschied. Wir haben zwei soziale Einrichtungen, die sich mit solchen Sachen befassen nämlich auch noch das UVG. Wenn ein Unfall die Ursache für eine mögliche Invalidität ist, dann kommt die Unfallversicherung noch dazu. Bei der Unfallversicherung nach dem Obligatorium ist es so, dass ab 10 % eine Invalidenrente bezahlt wird. Das ist wichtig, für das Sozialreferat, dass man das weiss, weil es eben dazu kommen kann, wenn jetzt der Hausarzt sagt, es interessiert mich nicht wegen der Arbeitsunfähigkeit und dann gibt es keine Rente der IV, die UVG Rente wird dann bezahlt. Nun kommt etwas hinzu. Das Bundesgericht hat seine Praxis geändert. Zwar ist es so, dass es neu dass es nicht nur die „normale“ Rente gibt, sondern es gibt auch Diskussionen über Renten über die sogenannte somatoforme Schmerzstörung. Es gibt die posttraumatische Belastungsstörung nach einem Unfall und dann gibt es die Fibromyalgie, wo man Probleme mit den Weichteilen hat. Es gibt sehr oft Fälle mit Schleudertrauma, stimmt zwar nicht, denn das heisst Halswirbelsäulendistorsion, aber dort kommt es vor. Wenn diese Diagnosen gestellt werden, dann sagt das Bundesgericht, dass diese Leiden wo man kein Substrat findet mit Röntgen oder Ultraschall, dass diese Leiden überwindbar sind, willentlich überwindbar sind. Das führt dazu,



dass vermehrt Renten angeschaut werden und dann weniger verfügt wird. Aber was Tatsache ist, das ist eine strengere Praxis, die die IV jetzt eingeläutet hat für die Neurenten. Es ist eine andere Praxis. Es werden vermehrt Überprüfungen der bestehenden Renten vorgenommen. Die Folgend davon sind entweder die Aufhebung oder die Kürzung der Renten. Ich habe damals, als ich die Sache schon mal aufgebracht habe, habe dann gehört, dass man gesagt hat, ja was sollen wir machen, die IV stellt's halt ein, aber wir haben einen Arzt, der sagt dann interessiert mich nicht und ist 100 % arbeitsunfähig und dann bezahlt hat die Gemeinde weiter und dann muss man sich darauf einstellen. Das ist halt eben aufgrund dieser Beweislage nicht mehr so, wie es vorhin war. Das Bundesgericht hat mehrfach gesagt, wenn es eine Diskrepanz gibt zwischen den Meinungen der IV mit den ärztlichen Gutachten und den Hausärzten, dann hat die Beweiskraft eines polydisziplinären Gutachters von der IV aus die grössere Beweislast als die Ansicht des Hausarztes. Jetzt habe ich den Ausdruck von diesem polydisziplinären Gutachten gebracht. Wenn die IV zu so einer Frage Stellung nehmen muss, liegt eine Invalidität vor oder ist hier eine Neubeurteilung bzw. eine Kürzung vorzunehmen, dann wird ein Gutachten gemacht. Wie gesagt, wird dann ein polydisziplinäres Gutachten gemacht, d.h. man nimmt verschiedene Ärzte bzw. Spezialisten (Rheumatologen, Psychiater etc.). Alles Fachärzte, die bei so einer Beurteilung mitarbeiten können. Wenn das jetzt so ist, dass jeder Spezialist auf sein Fachgebiet bezogen zu einer Meinung kommt, dann bringt er sie ein und wenn dann alle diese Gutachter zur gleichen Meinung kommen, dass die Invalidität zu hoch ist oder gar keine besteht, dann geht das vor und da hat das Bundesgericht zu dieser Problematik Stellung genommen: BGE 125 V 351: In Bezug auf Berichten von Hausärzten darf und soll der Richter der Erfahrungstatsache Rechnung tragen das Hausärzte mitunter im Hinblick auf ihre auftragsrechtliche Vertrauensstellung in Zweifelsfällen eher zugunsten ihrer Patienten aussagen. Das heisst eben, dass das Bundesgericht sagt, die Fachleute haben das grössere Gewicht. Nun darf es nicht passieren, dass der Bund im Sozialbereich dann sagt, wenn die Rente gestrichen wird, dann müssen wir das trotzdem machen. Ich mache hier ein Plädoyer für die Ärzte, damit da keine Fehleinschätzung entsteht. Mache ein Plädoyer für die Ärzte, die sich als Spezialisten mit diesen Sachen befassen, die das ausführlich ihre Erkenntnisse ausführen und festhalten und dann kann ich sagen 60 bis 80 Seiten starke Gutachten sind die Regel. Diese Ärzte haben sich sehr mit diesen Fragen beschäftigt. Ein weiterer Punkt im Plädoyer für die Ärzte ist, dass die Hausärzte und Ärzte überhaupt von ihren Patienten teilweise brandschwarz angelogen werden. Ich könnte einige Beispiele hier aufzählen. Ich mache das nur, wenn das gewünscht wird. Wenn ich sage brandschwarz angelogen, heute ist Donnerstag, vorgestern am Dienstag hat das Bundesgericht einen Entscheid veröffentlicht, wo genau das passiert, wo Psychiater von jemandem angelogen worden sind, man sei depressiv und geht nicht mehr unter die Leute und was auch immer, dann hat die IV diesen Mann observieren lassen und dann hat sich herausgestellt, dass das völlig anders ist als der Mann erzählt hat und dass er keine Einschränkung der Psyche hat und auch ständig arbeiten gehen kann. Fazit von dem Ganzen. Auch bei uns im Sozialbereich, aufgehobene und gekürzte Renten müssen auch bei den Sozialkosten gelten wenn jemand nicht Invalide ist, dann ist er arbeitsfähig und dann hat er sich um Arbeit zu bemühen und darf nicht aus sozialen Gründen noch belohnt werden. Dies muss auch zur deutlichen Senkung der Sozialkosten führen. Ein Teil davon natürlich, das Ganze wird man nicht können. Die Aufgabe des Sozialamtes ab morgen um 07.30 Uhr ist, bei Differenzen zwischen den Fachgremien und dem Hausarzt gilt nur eines, die Beweiskraft ist grösser bei den Fachärzten und das darf es nun nicht mehr geben, dass Spezialisten sagen, es gibt eine volle Arbeitsfähigkeit und das wird bei uns nicht eingehalten sondern man stellt auf den Hausarzt ab. Da darf es keine Leistungen mehr geben ab morgen, denn das ist entscheidend! Was auch gemacht werden muss bei uns im Sozialamt ist das selbe, was die IV macht, man nimmt solche Fälle, wo es kein Substrat gibt und wo es um die Frage geht, es ist alles rein psychisch, dann nimmt die IV die alten Fälle hervor, prüft ob die Voraussetzungen vorliegen. Das muss unser Sozialamt auch machen und man muss rückwirkend schauen, welche Fälle gibt es, wo ein Facharztgremium sagt, er ist nicht Invalide und da möchte ich wissen, wie viele solche Fälle wir haben und bezahlen. Bei Betrug im Übrigen, müsste man versuchen Regress zu nehmen. Dann muss man achten, dass bei der Prüfung der IV-Rente etwas anderes geht. Es ist so, dass die IV als erstes vorgeht ihre Rente



bestimmen muss und wenn man dann feststellt, dass eine weitere Behandlung keine Besserung verspricht, dann erhält auch dieser eine Rente. Die Berechnung, bis die erste IV-Rente berechnet wird und dann kommt die komplementär Rente dazu. Die Komplementärrente kommt dann oben drauf und bei 90 % wird die Rente nicht weiter ausbezahlt. Nun ist es so, aus der UVV Verordnung, die in Kraft ist schon seit längerer Zeit: Komplementär Renten werden im Verhältnis angepasst, wenn sich der für die Unfallversicherung massgebende Invaliditätsgrad erheblich ändert. Anders sieht es aus, bei der Revision von Invalidenrenten der IV. Dort steht in Artikel 34 dieser Verordnung: Wird eine IV Rente als Folge der Revision geändert, so erfolgt auch eine Revision der Rente oder Komplementärrente der Unfallversicherung. Das gilt für die normalen Fälle. Bei den Fällen aber wo die veränderte und stärkere Praxis nun eintrifft, wo man sagt, wenn jemand Schmerzen hat oder diese nicht begründen kann, dass dann keine Rente bezahlt werden muss, dann gibt es seit der 6. IV-Revision ein sog. Massnahmenpaket, wo es heisst: Rente, die genetisch oder biologisch unklare und syndronale Beschwerden bildet oder ohne nachweisbare organische Grundlagen gesprochen werden, werden innerhalb von 3 Jahren nach in Kraft treten überprüft. Die IV muss das überprüfen und dann heisst es hier weiter: Wird die Rente herabgesetzt oder aufgehoben so hat die Bezügerin oder der Bezüger Anspruch auf Massnahmen zur Wiedereingliederung. Er steht also nicht auf der Strasse sondern man versucht ihn wieder einzugliedern und ein weiterer Anspruch auf Leistungen besteht nicht. Wie sieht das aus mit den Revisionen? Da steht: Absatz 1 findet keine Anwendung auf Personen, die im Zeitpunkt des in Krafttretens dieser Änderung der Verordnung das 55-zigste Altersjahr zurückgelegt haben vor dem Zeitpunkt indem die Überprüfung eingeleitet wird seit mehr als 15 Jahren eine Rente der Invalidenversicherung bezieht. Änderungen der Rentenansprüche bewirken weder eine Anpassung der Rentenansprüche nach dem UVG (Komplementärrente) noch andere Ausgleichsansprüche der Versicherung. Das führt nun dazu, dass wenn eine Revision der IV-Rente erfolgt, die Komplementärrente weiter bezahlt wird. Das muss man auf dem Sozialamt eben auch bedenken. Dann kann man nicht einfach, wenn die IV aufhört zu bezahlen hier einsteigen und die IV-Rente aus der Gemeindekasse bezahlen sondern dann muss man noch sagen, gibt es noch zusätzliche Einkommen? Dann kann man darüber reden. Ich habe jetzt gesagt, was hier zu tun ist und erwarte das auch, dass die beiden Herren vom Sozialamt, die solche Prüfungen durchführen, dass sich die auch dieser Problematik annehmen und auch für diese Herren gilt, ab morgen 07.30 Uhr gehen diese Herren auf die Suche nach überzähligen Auszahlungen. So, meine Interpellation ist begründet. Ich weiss, es ist kompliziert und nicht jeder arbeitet mit diesen Sachen. Ich habe aber die Begründung deshalb gebracht, damit man sieht, dass das nicht irgendwelche Flauseln sind, die ich hier im Kopf habe sondern die sind durch Bundesgerichtsentscheide oder Verordnungen begründet.

Beantwortung:

Gemeinderätin Franziska Brenn

Ich werde die Interpellation an einer der nächsten Sitzungen beantworten.

ER Willi Josel (SVP)

Einverstanden.

Das Geschäft ist somit vorerst erledigt.

GEMEINDE

**NEUHAUSEN
AM RHEINFALL**

CH-8212 Neuhausen am Rheinfall
www.neuhausen.ch



ER-Präsident Marco Torsello (FDP)

Wir treffen uns zur nächsten Einwohnerratssitzung wieder am 6. März 2014. Ich bedanke mich für das aktive Mitmachen und wünsche allen einen schönen Abend. Die Sitzung ist somit geschlossen.

Für den Einwohnerrat Neuhausen am Rheinfall

Marco Torsello
Präsident

Sandra Ehrat
Aktuarin